

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 153 · 13. JAHRGANG · AUSGABE 10/2007 VOM 12. OKTOBER 2007 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Die Großen
läßt man laufen**
Eberswalder Spendenskandal

8/9 | **Sackgasse
Billiglohnland**
Kontroverses zum Mindestlohn

14 | **Das Leben
als Au Pair**
Ein Jahr in Schweden

»Alle Räder stehen still ...«

von Gerd Markmann

»Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will!« – diese Streikparole aus scheinbar längst vergangenen Zeiten, wird derzeit zur Realität. Seit dem vergangenen Jahr verweist die Streikstatistik in der BRD auf eine deutliche Zunahme der Streiks. Einigen der zurückliegenden Arbeitskämpfen, wie bei der AEG, bei Opel oder Gate Gourmet, attestiert sogar die anarchosyndikalistische Zeitung »direkte aktion« in ihrer aktuellen Ausgabe eine »erfrischend kämpferische Dynamik«.

Diese Dynamik hat seit diesem Sommer an Fahrt gewonnen. Beispielsweise stehen seit Mitte September im Einzelhandel die Zeichen auf Streik, u.a. streikten in Berlin die Beschäftigten der Metro-Tochter Real, Anfang Oktober gab es Aktionen bei der Otto-Logistiktochter HERMES Warehousing Solutions (HWS) in Haldensleben. Der Arbeitskampf im Einzelhandel läuft vor dem Hintergrund einer schon länger andauernden Konzentration ab. Bald wird es wohl nur noch Discounterketten geben, die mit ihrer Marktmacht nicht nur die Lieferantenpreise bestimmen, sondern auch die Beschäftigten der Einzelhandelsbranche überdurchschnittlich aussaugen. So bieten die Handelsunternehmen bspw. in Nordrhein-Westfalen eine Lohnanhebung von 1,7 % an, die aber mit einer Kürzung der Spätöffnungs-, Samstags- und Nachtarbeitszuschläge verbunden werden soll. Unterm Strich sind das 180 Euro monatlich weniger im Portemonnaie. Die Ver.di-Vorschläge, die ungünstigen und gesundheitsbelastenden Arbeitszeiten durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung auszugleichen und die Zuschläge nur noch an Ver.di-Mitglieder zu zahlen, lehnten die Unternehmer ab.

Letzteres kann nicht unbedingt als solidarisch bezeichnet werden. Dem Vorwurf, auch von Ver.di, unsolidarisch nur eigene Interessen zu verfolgen, muß sich indessen die Gewerkschaft der deutschen Lokomotivführer (GDL) stellen.

Die relativ kleine, aber gut organisierte GDL, die älteste deutsche Gewerkschaft übrigens, vertritt eher gemäßigte bis konservative Positionen. Was sie von den großen »modernen« Gewerkschaften unterscheidet, ist aber vor allem eins: Konsequenz. Zumindest bis jetzt.

Der Streiktag am 5. Oktober zeigte die Macht der Lokführer – vielleicht auch nur die Unfähigkeit der Bahnverantwortlichen. Obwohl der Streik auf 8 bis 11 Uhr beschränkt war und das Arbeitsgericht Chemnitz den Streik im Güter- und Fernverkehrs verboten hatte, fielen noch am Abend um 22 Uhr nicht nur Nahverkehrs-, sondern auch Fernzüge aus. Das gerichtliche Streikverbot blieb somit faktisch wirkungslos.

Allerdings läßt die aggressive Polemik seitens der Bahn AG vermuten, daß das Chaos möglicherweise Folge einer bewußten indirekten Aussperrung zu Lasten der Bahnkunden handelte. Die GDL reagierte insofern darauf, daß sie künftige Streikaktionen nicht mehr ankündigen will.

Das Streikverbot des Arbeitsgerichts zeugt indes selbst von einer weiteren Dynamisierung des Klassenkampfes, wird hier doch versucht, das grundgesetzlich garantierte Streikrecht zu untergraben. Der rechtspolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, der ehemalige Bundesrichter Wolfgang Neskovic, bezeichnete die gerichtlichen Beschränkungen für den Arbeitskampf der Lokführer als »verfassungswidrige ›Zensur des Streikrechts«.

Die GDL will bei ihrer Anfechtung des Urteils notfalls bis zum Bundesverfassungsgericht gehen. Unterstützung signalisierte bereits die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Deren kürzlich wiederge-

wählter Vorsitzender Frank Bsirske erklärte in seiner Grundsatzrede auf dem ver.di-Kongreß Anfang Oktober, »daß wir ... allen Angriffen auf das Streikrecht – wen immer sie treffen – gewerkschaftlich entschieden entgegenzutreten müssen. Es handelt sich dabei um einen Fall willkürlicher Behinderung von Streiks, und diese Sorte von Klassenjustiz ist unter keinen Umständen hinnehmbar.« Hierzu paßt die Annahme eines Antrages des Ver.di-Bereichs Berlin-Brandenburg durch den Bundeskongreß, durch den der Bundesvorstand aufgefordert wird, »sich für ein allumfassendes Streikrecht nach den Maßgaben der Europäischen Sozialcharta, einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks, einzusetzen«.

Für die eingangs genannte »erfrischend kämpferische Dynamik« der aktuellen Streiksaison steht auch ein weiterer Streik. Genauer gesagt eine Betriebsbesetzung. Denn ein klassischer Streik macht in einem von der Schließung bedrohten Betrieb wenig Sinn. Vor anderthalb Jahren hatte der US-amerikanische Finanzinvestor »Lone Star« die Bike-Systems GmbH in Nordhausen aufgekauft. Am 20. Juni 2007 verkündete »Lone Star« die Schließung der Fahrradfabrik und die Einstellung der Produktion. Am 10. Juli besetzten die 135 Fahrradwerker spontan ihren Betrieb. Zunächst ging es mit Unterstützung der örtlichen IG Metall nur um Forderungen nach einem Sozialplan und eine Auffang-Beschäftigungsgesellschaft. Viele waren und sind mit den Betriebsbesetzern solidarisch. Unter den Solidaritätsadressen auch Vorschläge, die Produktion in die eigenen Hände zu nehmen.

Fortsetzung auf Seite 2



In knapp zwei Wochen gingen 1.800 Bestellen für das »Strike-Bike« bei den Betriebsbesetzern in Nordhausen ein. Das »Strike-Bike« ist ein grundsolides Stadtrad mit bewährter 3-Gangnabenschaltung und wird in limitierter Produktion als Damen- und als Herrenrad hergestellt.

Angst & Arroganz

Die führenden Köpfe in der Barnimer Koalition und der Kreisverwaltung scheint die Angst umzutreiben. Angst vor Menschen, die ihnen nicht nach dem Munde reden.

Im Frühsommer berief die SPD-Kreistagsfraktion ihren unbotmäßigen Genossen Dr. Andreas Steiner als Sachkundigen Einwohner aus dem Umweltausschuß ab. Nun richtet sich der Zorn gegen den Ausschußvorsitzenden Johannes Madeja. Auch der ist dafür bekannt, daß er der »Kreisleitung« nicht nach dem Munde redet. Auf der jüngsten Ausschußsitzung setzte die CDU/SPD-Mehrheit kurzerhand einen der ihren als Sitzungsleiter ein. Ein Verstoß nicht nur gegen alle Regeln des Anstands, sondern auch gegen Gesetz und Recht.

Ende September fand die Anti-Madeja-Kampagne ihren Weg in die lokale Tageszeitung. Irgendjemand hatte das Blatt mit Details aus der vorangegangenen nichtöffentlichen Ausschußsitzung versorgt. Ein Hinterbänkler der CDU hatte demnach gefragt, inwieweit sich ein aktueller Rechtsstreit zwischen Madeja und der Unteren Wasserbehörde mit dessen Funktion als Ausschußvorsitzender verträglich.

Wie das Lokalblatt schrieb, betreibt Madeja auf seinem Grundstück eine eigene Kläranlage. In mehreren Klärstufen wird das auf dem Grundstück anfallende Schmutzwasser mechanisch und biologisch gereinigt und schließlich in dem zum Grundstück gehörenden Garten zur Bewässerung von Hochbeeten und Obstbäumen verwendet. Dies finde »vor dem Gesetz keine Anerkennung«, schreibt das Blatt. Im nächsten Satz wird klar, daß hier nur Gesetz und Behörde verwechselt werden. Dort steht, daß Madejas Kläranlage von der Unteren Wasserbehörde nicht anerkannt wird. Offensichtlich werden die zugrundeliegenden Gesetze von den Streitenden unterschiedlich ausgelegt.

Die Wasserbehörde ist zuständig, wenn Abwasser in die Landschaft abgegeben werden. Johannes Madeja ist der Auffassung, daß auf seinem Grundstück kein Abwasser anfällt, da das geklärte Wasser vollständig genutzt wird. Über so ein »abwasserfreies Grundstück« hat Madeja in den vergangenen Jahren in der »Barnimer Bürgerpost« mehrfach geschrieben.

Der ZWA als zuständiger Abwasserentsorger hat Madejas Antrag auf Übertragung der Abwasserpflicht befürwortet. Doch die Kreisverwaltung verweigert die Zustimmung. Ob zurecht, darum geht es u.a. in dem Streit, den letztlich die Gerichte zu entscheiden haben.

So wie hier agiert wird, liegt der Verdacht nahe, daß die dem Landrat unterstehende Untere Wasserbehörde nicht ohne Anweisung handelt. Schon im Zusammenhang mit dem Streit um die Allee bei Rüdnitz und Danewitz wurde vermutet, daß die Verwaltungsspitze der zuständigen Fachbehörde das Ergebnis der Entscheidung vorgegeben hatte.

Die Chancen des Landrats auf einen sauberen Abgang sinken.

GERD MARKMANN

Fortsetzung von Seite 1

»Alle Räder stehen still ...«

Nordhausener Fahrradwerker übernehmen Produktion in eigene Regie

Unterstützung erhielten sie dabei von der kleinen anarchosyndikalistischen Gewerkschaft Freie ArbeiterInnen Union – Internationale Arbeiterassoziation (FAU-IAA), die die eingangs zitierte Zeitung »direkte aktion« herausgibt. Gemeinsam entwickelten sie die Idee, ein spezielles »Strike-Bike« zu produzieren. Das Echo auf die Initiative war unerwartet. Am 2. Oktober, keine zwei Wochen nach Beginn der Aktion, konnten die Nordhausener verkünden, daß die angestrebten 1.800 Bestellungen vorliegen. Ab dem 23. Oktober werden die Fahrräder vom »Bikes in Nordhausen e.V.«, dem alle Belegschaftsmitglieder angehören, produziert und Anfang November dann an die Besteller aus aller Welt ausgeliefert.

Wie es dann weiter geht, ist noch offen. Da ist immer noch die Hoffnung, daß sich ein neuer Investor findet, der den Betrieb weiterführt.

Von einer längerfristigen selbstverwalteten Produktion oder gar einer Genossenschaft in Belegschaftsbesitz träumen momentan wohl nur die Unterstützer von der FAU-IAA. Ob es dazu kommt oder vielleicht wegen fehlender Alternative kommen muß, da kann man FAUlern sicher zustimmen, hängt am Ende allein von dem »aufmüßigen Kollektiv« der Besetzer in Nordhausen ab.

Die Webseite des Solidaritätskreises »Strike-Bike« der FAU (www.strike-bike.de) zählte bis zum 6. Oktober mehr als 93.000 Besucher. Dort heißt es: »In Nordhausen sind die KollegInnen immer noch überwältigt vom Ausmaß der weltweiten Solidarität. Überall werden sie als wegweisende Vorbilder genannt. Und langsam wird auch den Hauptakteuren bewußt, daß sie mit ihrem Mut und ihrer Solidarität Geschichte schreiben werden.«

Ein barrierefreies Europa für alle

Das Europäische Behindertenforum setzt sich mit der Kampagne »1million4disability.eu« für den Erlaß einer Europäischen Richtlinie zum Schutz behinderter Menschen vor Benachteiligungen ein. Behinderte und ältere Menschen stoßen im täglichen Leben noch immer auf die unterschiedlichsten Barrieren und Diskriminierungen. Ob es sich dabei um Benachteiligungen beim Zugang zu Gebäuden oder dem ÖPNV, zu Bildung und Schule oder Beruf handelt, die Richtlinie muß Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen schützen. Eine solche EU-Richtlinie ist auch für den deutschen Gesetzgeber bindend und muß in nationales Recht umgesetzt werden. Gemeinsam mit dem Sozialverband VdK

Deutschland, Ortsverband Eberswalde befürworte und unterstütze ich diese Aktion und bitte alle Interessierten, sich mit ihrer Unterschrift für den Erlaß einer solchen Richtlinie stark zu machen. Wir wollen nicht länger Benachteiligungen hinnehmen!

Unterschriftenlisten finden Sie auf der Webseite des Sozialverbands VdK (www.vdk.de) oder im örtlichen VdK-Büro in der Schönholzer Straße 12 in Eberswalde sowie auf meiner Homepage (www.ingeborg-kolodzeike.de) und in meinem Bürgerbüro in der Breiten Straße 46 in Eberswalde. Auf der Website www.1million4disability.eu können Sie Ihre Unterschrift auch online abgeben.

INGEBORG KOLODZEIKE

Stadtwerke Eberswalde:

Weitere Preiserhöhungen geplant

Eberswalde (bbp). Zum 1. Januar 2008 sind weitere Preissteigerungen bei Gas zu erwarten. Darüber informierte der Geschäftsführer der Eberswalder Stadtwerke GmbH Jörg Thiem am 17. September auf einer Sitzung der Eberswalder Stadtfraktion der Linken. Die Gaspreise seien von der Entwicklung der Ölpreise abhängig. Strom werde hingegen derzeit nicht mehr kosten- nur noch börsenorientiert verkauft. Das volle Risiko liege demnach beim Anbieter, so Thiem. Für Haushaltskunden kaufen die Stadtwerke den Strom derzeit monatlich ein, was laut Thiem zu einem geringeren Risiko für die Kunden führe. Industriekunden hingegen werden täglich wechselnde Strompreise angeboten. Ein Viertel des verkauften Stroms erzielen die Stadtwerke mittels BHKW's.

Der Strompreis setze sich derzeit zu je 30 % aus den Netzkosten und den Energiekosten zusammen. Zwei Prozent koste der Vertrieb. Die übrigen 38 % seien Steuern und Konzessionsabgaben. Neu ist, daß die Stromnetze der Stadtwerke von Eon.edis und der EWE AG übernommen wurden. Dies sei aufgrund einer gesetzlichen Vorgabe erfolgt, nach der alle Unternehmen mit mehr als 100.000 Kunden die Netze auszugründen seien. Nach der Netzausgliederung sind bei den Stadtwerken noch 31 Mitarbeiter und 9 Auszubildende beschäftigt.

Auf dem Fernwärmesektor können sich die Stadtwerke auf »gestandene Verträge« berufen, die aus Sicht der Stadtwerke mittelfristig nicht ersetzbar sind. Probleme gebe es mit dem steigenden Fixkostenanteil.

Der Eberswalder Spendenskandal:

Die Großen läßt man laufen

Nach fast einhalb Jahren nun die erste gerichtliche Entscheidung im Zusammenhang mit dem Eberswalder Spendenskandal. Kein Urteil, sondern die Einstellung der Ermittlungen gegen die edlen Spender wegen »Fehlen eines öffentlichen Interesses«. EWE und E.ON edis, die Käufer der Stadtwerkeanteile, bezahlen dies mit Bußgeldern in Höhe von mehreren Hunderttausend Euro.

Damit wird erstmals öffentlich bestätigt, daß es mehr als einen begründeten Anfangsverdacht auch im Ermittlungsverfahren gegen Exbürgermeister Schulz gibt. Indem EWE und E.ON Edis die Bußgelder akzeptierten, räumten sie indirekt ein, daß im Zusammenhang mit dem Stadtwerkeanteilsverkauf gegen geltendes Recht verstoßen wurde. Die Bußgelder sind für die genannten Firmen möglicherweise das kleinere Übel. Besser die Angelegenheit mit Bußgeldern in aller Stille hinter sich bringen, als in einem öffentlichen Prozeß verurteilt zu werden und seinen Ruf zu ruinieren. Daß es bei den großen Energielieferanten nicht auf ein paar 100.000 Euro ankommt, versteht sich bei den Riesengewinnen von selbst.

So gesehen haben sich die Stadtwerkeanteilskäufer vom Vorwurf der Bestechung freigekauft. Das Gericht läßt die Großen laufen und kassiert nicht unbeträchtliche Bußgelder. Fast möchte man Mitleid mit den Kleinen, hier mit Exbürgermeister Schulz, haben, der nun allein für den Betrug als schwarzes Schaf geradestehen soll. Nach der MOZ-Mitteilung soll er die Spenden verlangt haben, die die Großen sicher allzu gern gezahlt haben, um sich den großen Fisch Stadtwerke an Land zu ziehen.

Die Feststellung der Staatsanwaltschaft, wonach die Zahlungen der Spendengelder wohl weniger dazu dienen »den Widerstand gegen den Verkauf (zu) überwinden«, stimmt. Zwar gab es in der StVV am 20. März 2003 heftige Debatten um die Zweckmäßigkeit des Anteilsver-

kaufs, am Ende stimmten aber nur vier Stadtverordnete dagegen bei zehn Enthaltungen. Der »Widerstand« war schon im Vorfeld des Verkaufs gebrochen. Ein wichtiges Argument war, daß der Verkauf die wirtschaftlich bessere Entscheidung wäre. Eine »Wertermittlung« (ausgerechnet von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft der Stadtwerke) erzeugte den Eindruck, daß der gebotene Kaufpreis für die Stadtwerkeanteile supergünstig wäre. Fast im Flüsterton wurde in der StVV erklärt, daß man mit dem Verkauf der Stadtwerke einen einmaligen Erlös erzielen würde, wie er später nie mehr erreichbar wäre. Mit genau dieser Begründung mahnte die CDU-Fraktion gar an, nicht nur die geplanten 25 Prozent, sondern alle Anteile an den Stadtwerken zu verkaufen. Man glaubte, die großen Energieunternehmen übertölpeln zu können.

Die Wertermittlung von 2003 ging von einem erwarteten Jahresüberschuß von knapp 3 Mio DM (etwa 1,5 Mio Euro) aus. Durch die sogenannte Liberalisierung der Energiemärkte erwartete man eine Verschlechterung der Ergebnisse. Irrtum! Der Jahresüberschuß betrug im Jahre 2006 ganze 2.829.000 Euro. Hätte die Stadt nicht inzwischen alle Anteile verkauft, wäre die Stadt daran mit 51 Prozent, also etwa 1,4 Mio Euro beteiligt, Tendenz steigend!

Im Jahre 2002 war der Verkauf der Stadtwerke-Anteile noch nicht von der städtischen Haushaltslage geprägt. Da ging es um die Liquidität der Technischen Werke, aber auch um die Finanzierung der fragwürdigen zukünftigen Wirtschaftsprojekte der Technischen Werke. Als im Jahre 2005 die zweite Hälfte der Anteile verkauft wurde, war der Verkaufserlös 4 Mio Euro höher (statt 12,7 jetzt 16,8 Mio Euro, und Spenden flossen zeitgleich auch noch reichlich). Von einem vorteilhaften Verkauf der ersten Hälfte der Anteile konnte nun keine Rede mehr sein. Auch die Einschätzung der Gewin-

nerwartungen hatte sich als falsch erwiesen. Trotzdem entschied die Mehrheit der Stadtverordneten auch 2005 für den Verkauf. Dummheit ist schon schlimm, fehlende Lernfähigkeit noch schlimmer.

Widerstand gegen den Verkauf der Stadtwerkeanteile mußte also tatsächlich kaum überwunden werden. Insofern waren die »Spenden« der Anteilskäufer wohl doch eher »Dankeschönspenden«. Aber wen interessiert's? Nach Meinung des Gerichts sind diese Vorgänge ohne öffentliches Interesse.

Wenn nun die edlen Spender Hunderttausende Euro Bußgelder an die Staatskasse zahlen, dann ergeben sich daraus noch eine Reihe Fragen: Wenn Geld zu Unrecht an die Stadt geflossen ist, müßte dann nicht die Stadt das Geld zurückzahlen? Wer ist eigentlich der Geschädigte? Wenn die »Spender« im Zusammenhang mit dem Anteilkauf Geld für Spenden übrig hatten, dann doch wohl nur, weil sie die Anteile billig erworben haben? Wenn also die »Spenden« eigentlich Teil des Kaufpreises waren, dann müßten die Technischen Werke als Anteilsverkäufer einen Ausgleich erhalten. Ferner: wieso haben die Anteilskäufer »Spenden« an die Stadt gezahlt, wenn es um ein Rechtsgeschäft mit den Technischen Werken um einen Teil des Kaufpreises zu Gunsten der Stadt prellen lassen?

Man darf gespannt sein, ob wenigstens einige dieser Fragen in der weiteren Aufklärung eine Antwort erfahren. Eines ist auf jeden Fall sicher: Der eigentliche Dumme, der für alle Verluste und Fehlentscheidungen aufkommen muß, ist der Bürger. Er zahlt mit den heutigen und zukünftigen Energiepreisen letztlich auch den Kaufpreis für die Stadtwerkeanteile plus Spenden plus Bußgelder und plus Gerichtskosten.

ALBRECHT TRILLER

Aus dem Jahresabschluß der Stadtwerke:

Fast 40 Prozent mehr Gewinn

Der jetzt vorliegende Jahresabschlußbericht der Stadtwerke Eberswalde GmbH zeigt folgende Entwicklungen der Energiekosten.

	2005	2006	2006 zu 2005
Stromkosten in Cent pro Kilowattstunde	12,4	13,44	+ 11,6 %
Gas in Cent pro Kilowattstunde	4,39	5,04	+ 15,0 %
Wärme in Euro pro Megawattstunde	68,7	79,25	+ 15,4 %
Umsatz bei Strom, Gas und Wärme in TEuro	35.803	38.630	+ 2.827 (+7,9 %)
Jahresüberschuß in TEuro	2.046	2.829	+ 883 (+38,3 %)

Des einen Uhl ist des anderen Nichtigall. Trotz sinkenden Strom-, Gas und Wärmeverbrauchs haben die Stadtwerke ihre Gewinne gesteigert. Die Energiekostensteigerungen müssen von den Verbrauchern getragen werden. Der Jahresüberschuß von 2.829 Euro hätte der Stadt über die TWE mit ihren zuletzt 26 % Anteilen an den Stadtwerken 735.000 Euro eingebracht. Die Anteilskäufer zahlen den Kaufpreis locker aus den Gewinnzuwächsen.

BERND POMRAENKE

Geschirr für das DOSTO

Bernau (bm). Die Stadtverordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) besuchte am 31. August die Jugendlichen des DOSTO e.V., die an diesem Tag ihre neuen Räumlichkeiten in der Breitscheidstr. 45 einweihten. Jeder, der schon einmal umgezogen ist, weiß, daß es am Anfang an allen Ecken und Enden fehlt – im DOSTO e.V. fehlt es u.a. an Geschirr. Wer also in seinem Keller oder in der Abstellkammer noch Geschirr zu stehen hat, das nicht mehr gebraucht wird und der es gern den jungen Leuten zur Verfügung stellen würde, melde sich bitte im Bernauer Wahlkreisbüro der Abgeordneten, Berliner Str. 17, unter der Rufnummer 03338-459543 oder per Mail unter wkb-d.enkelmann@t-online.de. oder direkt im DOSTO, Breitscheidstr.45, 16321 Bernau.

Die meisten der Stadtverordneten bekamen wahrscheinlich nicht einmal mit, daß der erneute Antrag der Fraktion Allianz Freier Wähler (AfW) durch die jüngste Entwicklung seine guten Gründe hatte. Beim erstmaligen war der Vorschlag der AfW in völliger Ignoranz ohne jede Diskussion von der StVV abgeschmettert worden. Damals hörte man von CDU und SPD, die AfW verstehe es nicht, einen ordentlichen Antrag einzureichen. Die SPD-Fraktion nahm nach der Ablehnung die Grundgedanken auf und formulierte selbst eine Vorlage zur Transparenz in kommunalen Unternehmen.

Während die AfW nur eine Lockerung der Verschwiegenheitspflicht der Aufsichtsratsmitglieder und Vorweginformationen an die Presse über die nicht geheimzuhaltenden Beratungspunkte der Aufsichtsratssitzungen forderte, enthielt der von der SPD eingereichte Entwurf die Trennung von Aufsichtsratssitzungen in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil. Dies – und nur dies – war Gegenstand der kommunalaufsichtlichen Prüfung und wurde von dieser als unzulässig zurückgewiesen. Daß folglich der ursprüngliche AfW-Vorschlag doch der bessere Vorschlag war, wollte keiner der guten Demokraten in der StVV eingestehen. Dabei konnte die Allianz darauf verweisen, daß der eingebrachte Beschlußtext in Bayern durch den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof abgesegnete kommunalrechtliche Praxis ist. Was Recht ist, beziehungsweise was in Eberswalde gelten darf, wurde nicht kraft besserer Argumente, sondern mit der Macht der Mehrheiten entschieden. Eine inhaltliche Debatte gab es auch diesmal nicht.

Argumente für mehr Transparenz in kommunalen Unternehmen hatten gleich zu Beginn der StVV Bürger in der Einwohnerfragestunde vorgetragen. Da wurde an die Sünden der Vergangenheit erinnert, wo in Hinterstübchen in Geheimdiplomatie Entscheidungen zum Nachteil der Stadt getroffen wurden. Auch aktuelle Beispiele wurden genannt, wie der Erwerb und der Ausbau des ehemaligen Kranbau-Ambulatoriums durch die Technischen Werke entgegen der gültigen Satzung der TWE. Eine Einwohnerfrage von Bernd Pomraenke in der gleichen Richtung, nach-

Ungeliebte Transparenz

von Albrecht Triller

»Antrag zu mehr Transparenz erneut mehrheitlich abgelehnt«, so eine Zwischenüberschrift in der lokalen Tageszeitung vom 26. September. Damit sprachen sich die Stadtverordneten in ihrer gewissenfreien Entscheidung ein weiteres Mal gegen eine größere Transparenz in kommunalen Unternehmen aus.

weislich am Tage vor der StVV bei der Stadtverwaltung abgegeben, fand keine Erwähnung, weil angeblich erst Tage später eingegangen. Auch alle anderen Fragen fanden kein Gehör und blieben in der Sitzung ohne Antwort.

Als der Tagesordnungspunkt Transparenz dann gegen Ende der Sitzung vom Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Sven Köhle aufgerufen wurde, machte er erst einmal seinem eigenen Unmut Luft. Den wiederholten Anlauf mit der Vorlage »Transparenz in kommunalen Unternehmen« bezeichnete er »als einen Affront gegen die Stadtverordneten«. Dieser Affront bestand seiner Meinung nach wohl darin, daß eine Fraktion ihr Antragsrecht wahrgenommen hat. Daß dies Herrn Köhle nicht paßt, mag seiner persönlichen Einstellung zu diesem Thema entsprechen, aber als Vorsitzender und Versammlungsleitender der Stadtverordneten stand ihm das Recht einer solchen Meinungsäußerung nicht zu. Diese konnte nur als Aufruf zum Boykott der Vorlage verstanden werden. Als Vorsitzender der StVV hat er aber laut Gemeindeordnung Neutralität zu wahren und bei dem Wunsche zu einer persönlichen Erklärung die Versammlungsleitung an einen Stellvertreter abzugeben.

Was stört eigentlich die Masse der Stadtverordneten an mehr Transparenz in kommunalen Unternehmen?

Die Lockerung der Geheimhaltungspflicht, so eines der Argumente, bringe die Aufsichtsratsmitglieder in den Konflikt zu entscheiden, was öffentlich und was nicht öffentlich ist. Falls sie in guter Absicht Dinge verlautbaren, die sich im Nachhinein als vertraulich herausstellen, so könnten sie dafür verantwortlich gemacht werden.

Aber wie sieht es mit ihrer Verantwortung gegenüber den Wählern aus? Formaljuristisch

sind sie als Aufsichtsratsmitglieder nicht dem Wähler, sondern nur dem Unternehmen gegenüber verantwortlich. Sie müssen dem Wähler keine Rechenschaft darüber geben, ob sie ihr Mandat im Aufsichtsrat im Sinne ihrer Wähler wahrnehmen. Auch dem Gesellschafter gegenüber – bei den kommunalen Gesellschaften wie TWE und WHG ist dies die Stadt, vertreten durch den Hauptausschuß – sind die Aufsichtsratsmitglieder nicht rechenschaftspflichtig. Da stellt sich allerdings die Frage, wozu die Stadtverordnetenversammlung dann Abgeordnete in die Aufsichtsräte delegiert?

Die Aufsichtsräte kontrollieren die Geschäftsleitung der kommunalen Unternehmen und üben darüber hinaus ihnen übertragene Aufgaben aus. Wo aber waren die Aufsichtsratsmitglieder, als ungesicherte Millionenkredite an Brandstetter gegeben, die Stadtwerkeanteile rechtswidrig und zum Nachteil der Stadt verkauft und das Kranbau-Ambulatorium satzungswidrig gekauft und ausgebaut wurde? Aus Sicht der jeweiligen Aufsichtsratsmitglieder hieße Transparenz in diesen Fragen auch persönliche Verantwortung mit all ihren Folgen. Die Scheu ist angesichts der Fehlentscheidungen durchaus verständlich.

Durch wiederholte stupide Ablehnung kommt das Thema Transparenz aber nicht vom Tisch. Falls sich die StVV nicht doch noch zur Stärkung der Transparenz in kommunalen Betrieben entschließt, gibt es nur zwei Wege zur Lösung des Problems: 1. Die StVV entsendet keine Abgeordneten mehr in Aufsichtsräte oder 2. Die kommunalen Unternehmen mit privatrechtlichem Charakter werden in die Stadt zurück geholt.

Begriffsstutzigen Abgeordneten werden die Bürger Beine machen müssen.

Loopings oder geistige Rolle rückwärts

Einen besonders großen Looping schlägt Herr Wolk vom Verkehrslandeplatz Eberswalde-Finow. Dieser Looping ist aber mehr eine geistige Rolle rückwärts wenn er vor 80 VIP Gästen behauptet, »daß man an den Plänen zum Ausbau eines Regionalflughafens festhalte und für dieses Ziel auch sehr gut mit der Landesregierung zusammenarbeite.« (»Von großen und kleinen Loopings«, MOZ v. 5.9.2007)

Am Flugplatz träumt man offensichtlich weiter den privatwirtschaftlichen Traum, wie man auf dem rottigen Platz aus einem Haufen Mist Gold spinnen kann. Schade, daß unter

den VIP-Gästen keine geladenen Vertreter der Bürgerinitiative »Gegen den Ausbau des Flugplatzes« waren. Wir hätten uns über diesen Bluff vor Lachen die Bäuche halten müssen.

Die Landesregierung positioniert sich öffentlich ganz anders als es Herr Wolk seinen Gästen vermitteln möchte. Diese will den Landesentwicklungsplan Berlin und Brandenburg verabschieden. Der Landesentwicklungsplan, künftig Grundlage für jedes Raumordnungsverfahren auf Jahrzehnte, enthält eine Sperrklausel für alle Regionalflughäfen in Brandenburg.

Dem Verkehrslandeplatz Eberswalde-Finow wird mit 14 Tonnen Startmasse die Rolle des »Losers« zugewiesen. Eigentlich ist diese Startmassengrenze noch viel zu hoch, weil in Finow vorwiegend nur Kleinflugzeuge von ca. zwei Tonnen starten.

Der jetzige Flughafenentwickler scheint sich mit seinen realitätsfernen Aussagen nahtlos in die Reihe seiner Vorgänger einzureihen. Diese erhoben bereits vor ihm den gauklerischen Anspruch auf die vielen Millionen Passagiere aus Berlin und auf die großen Flieger in Finow.

THOMAS GILLES

Das Recht des Johannes Madeja

CDU/SPD Barnim beugen das Kommunalrecht

Nach unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung hat jeder Bürger das Recht, sich in einem Rechtsstreit mit einer Behörde zu befinden. Das gilt auch für Kommunalpolitiker, auch solche eines Kreistages, auch solche, die in einem Ausschuß einer Kreistages mitwirken, auch solche, die einen derartigen Ausschuß leiten.

Herr Johannes Madeja ist Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft, Umweltschutz und Abfallwirtschaft des Kreistages Barnim. Er befindet sich in einem Rechtsstreit mit der unteren Wasserbehörde des Kreises Barnim. Wie aus dem am 2. Oktober 2007 tagenden Ausschuß zu erfahren war, soll Herr Madeja wegen dieses Rechtsstreites per Antrag auf dem nächsten Kreistag als Vorsitzender des genannten Ausschusses abberufen werden. Angeblich sei dieser Rechtsstreit für die Ausschubarbeit störend.

Putzartig wurde von den SPD- und CDU-Mitgliedern in diesem Ausschuß, gegen den Protest von Herrn Madeja, schon mal ein SPD-Mitglied als Versammlungsleiter bestimmt.

Wie schlecht die Antragssteller die Rechtslage doch kennen.

Zwar heißt es im § 32 Abs 2, Buchstabe d der Landkreisordnung »über Ausschließungsgründe entscheidet ... bei Ausschußmitgliedern der Ausschuß«, jedoch ist dem Kontext lediglich der Zusammenhang zur Befangenheit zu entnehmen.

Darum aber handelt es sich bei dieser Problematik nicht. Ein Verbot für einen Ausschußvorsitzenden, einen Rechtsstreit gegen eine Behörde zu führen, gibt es in der Landkreisordnung nicht.

Das stünde auch der rechtskonformen Praxis entgegen, nach der nicht nur Kommunalpolitiker, sondern auch Politiker auf Landes- und Bundesebene ohne Einbuße ihrer politischen Funktion Prozesse gegen Behörden führen.

Was bleibt unterm Strich? Offenbar wieder einmal eines jener Parteienspielen, mit der Arroganz der Macht unliebsame Ansichten auszuschalten. Herr Madeja ist einigen von SPD und CDU einfach nicht stromlinienförmig genug.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Den Opfern des Faschismus

Wie jedes Jahr am zweiten Septembersonntag trafen sich auch diesmal etliche Antifaschisten, darunter viele Mitglieder der Linken, um den Opfern des Faschismus still zu gedenken. Es war ein schöner Sonntagvormittag, als sich die Gruppe mit Blumen und Gestecken zum Mahnmal am Karl-Marx-Platz in Eberswalde bewegte. Waldemar Hickel von der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft, Karen Oehler von den Grünen, Margitta Mächtig, Maria Kausch, Karin Wagner, Fred Sponner (alle Die Linke) und viele andere bekannte Gesichter legten Blumengebinde, Gestecke und einzelne Rosen am Mahnmal nieder.

Es handelt sich hier keineswegs um ein überlebtes Ritual, sondern um eine stille Proklamation derjenigen, die teilweise Terror, Verfolgung und Tod durch eine rechtsextreme, menschenfeindliche Politik am eigenen Leib verspürt haben. Mit Brecht sollten wir uns immer wieder erinnern, daß »...der Leib noch fruchtbar ist, aus dem das Unheil kroch ...«. Gerade im Barnim haben wir es mit einem Erstarken rechtsextremer Kräfte zu tun, deren verbesserter Organisation und einer Politik, die von Feindbildern



lebt und am liebsten alles Andersdenkende eliminieren würde. Gehen wir gemeinsam in vielen Varianten dagegen vor.

Dies beweist auch, wie notwendig diese Veranstaltung in der Vergangenheit war und wie sie sicher auch zukünftig sein wird. Selbst die örtliche Presse (MOZ) erkannte die Bedeutung dieses Gedenkens und war erfreulicherweise anwesend und berichtete kurz in Wort und Bild. Nur von der Eberswalder Stadtverwaltung hat es leider niemand geschafft, um an dieser kurzen Veranstaltung teilzunehmen.

JÖRG SCHNEIDERREIT, SprecherInnenrat des Stadtverbandes Eberswalde Die LINKE

Hilfe für arme Kinder

Eberswalde (em). Mit im wesentlichen gleichen Inhalt trat Ute Frey von Eberswalder Montagsdemo im Kreistag und in der StVV mit Einwohnerfragen auf. Sie forderte Essengeldfreiheit für sozialschwache Schüler und Beihilfen, damit Eltern dringend benötigte Schulsachen für ihre Kinder anschaffen können. Während im Kreistag darauf keine Antwort gegeben wurde, gab es in der Stadtverordnetenversammlung eine prompte Reaktion. »Sie sprechen uns allen aus dem Herzen«, so Bürgermeister Boginski. Im weiteren verwies er aber darauf, daß für Unterstützung im privaten Bereich geworben werden müsse.

Auf Anfrage der Märkischen Oderzeitung erklärte der Vorsitzende des zuständigen Ausschusses, Hardy Lux, daß er sich eine gesonderte Unterstützung für sozial schwache Familien vorstellen könne. Mit frohen Erwartungen nahmen Vertreter der Eberswalder Montagsdemo dann an der Sitzung des Ausschusses am 4. Oktober teil. Unter dem Tagesordnungspunkt Haushalt 2008 kam das Thema dann zur Sprache. Daß er sich eine Unterstützung vorstellen könne, sei zunächst nur seine persönliche Meinung, meinte Hardy Lux. Er wolle dazu einen Diskussionsprozess in seiner Fraktion anstoßen. Hannelore Saupe (Die Linke) fand es ebenfalls gut, wenn eine Unterstützung möglich wäre. Nicky Nerbe (Grüne/BfB) wollte dabei nicht nur Hartz IV-Betroffene sondern auch die weiteren sozial Schwachen berücksichtigt wissen.

Der erste Beigeordnete Lutz Landmann mahnte aber zur Zurückhaltung. Die Stadt habe schon viel getan, verwies er auf den Sozialpaß. Die Vorschläge von Ute Frey gingen sehr weit. Kerstin Ladewig vom Fachdienst Bildung und Jugend gab erste Anhaltspunkte für mögliche Aufwendungen. Sie sprach von 230 Kindern, die in ALG II-Bedarfsgemeinschaften leben müssen. Bei 100 Euro pro Kind für Schulbücher sind das gleich 23.000 Euro. Bei den Essengeldzuschüssen müsse fast mit 100.000 Euro gerechnet werden. Frau Debernitz als sachkundige Einwohnerin stellte in Frage, daß ein solcher Schulsachenzuschuß nötig wäre. Gebrauchte Schulbücher sollten an sozial Schwache weitergereicht werden.

Die Ausschußmitglieder waren sich einig, daß als Grundlage der weiteren Diskussion jetzt der Bedarf ermittelt werden sollte. Landmann dämpfe Hoffnungen auf baldige Aussagen. Die Bearbeitung werde Monate dauern. »Das ist Arbeit, die uns Land und Bund überhelfen«, so seine Aussagen.

»Und wenn dann der Bedarf und der Aufwand ermittelt sind, dann ist der Haushalt längst beschlossen«, so die Reaktion eines Zuhörers.

Beratung für Kriegsdienstverweigerer

mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Harmonisch und geschlossen

Eberswalde (bbp). Die CDU Barnim wählte im September einen neuen Kreisvorstand. Vorsitzender wurde Thomas Lunacek von der CDU-Ortsgruppe Eberswalde mit 115 von 137 abgegebenen Stimmen. Sein Stellvertreter ist der Bernauer Frank Goral, der 89 von 132 Stimmen erhielt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Dr. Thomas Jakob aus Ahrensfelde (128 von 132 Stimmen) und Hans-Joachim Bernhardt aus Panketal (107 von 132 Stimmen).

Inhalte spielten kaum eine Rolle. Es wurde von mehreren Rednerinnen und Rednern die innere Geschlossenheit angemahnt, um 2008 die erfolgreichste Partei im Kommunalwahlkampf in Brandenburg aber auch im Barnim zu werden. Stargäste waren der Landesvorsitzende Ulrich Junghans und Justizministerin Beate Blechinger, die zugleich Kreisvorsitzende in Märkisch Oderland ist. Grußworte überbrachten Wieland Nieklich, Vorsitzender des Stadtverbandes Potsdam sowie das Mitglied des Deutschen Bundestages Jens Köppen, zugleich Kreisvorsitzender in der Uckermark.

Sozialstaat fördern

Eberswalde (afa/bbp). Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen im SPD-Unterbezirk Barnim (Afa Barnim) hat am 27. September ihren bisherigen Vorsitzenden Dr. Andreas Steiner sowie seine Stellvertreterin Birgitt Hellenbach (beide SPD Finow) in ihren Funktionen bestätigt. Steiner wird zudem weiterhin die Homepage (www.afa-barnim.de) und die Pressearbeit der Afa Barnim betreuen. Der Vorstand wurde von sieben auf fünf Mitglieder begrenzt. Als Beisitzer verblieben Jens Gröger und Werner Voigt (beide SPD Eberswalde) sowie Ringo Wrase (SPD Finow) im Amt, während Heidi Jockel (SPD Wandlitz) und Uwe Voß (SPD Panketal) ausschieden. Ringo Wrase vertritt zukünftig die Afa Barnim im Unterbezirksvorstand der SPD als beratendes Mitglied. Jens Gröger nimmt an den Sitzungen des Afa-Landesvorstandes in Potsdam teil.

Als Arbeitnehmervertretung repräsentiert die Afa Barnim den linken, gewerkschaftsnahen Flügel der Sozialdemokratie in der Region. Dr. Steiner kennzeichnete die hohe Langzeitarbeitslosigkeit als größtes soziales Problem in der Region: *»Die Agenda 2010 und hierbei insbesondere Hartz IV erwiesen sich als politischer Irrweg. Die Afa Barnim hatte dies bereits vor zwei Jahren so erkannt und innerhalb der SPD als auch in der Öffentlichkeit massiv davor gewarnt. Statt volkswirtschaftlich schädlicher Ein-Euro-Jobs sollten Beschäftigungsprogramme initiiert werden, womit Langzeitarbeitslose bei existenzsichernden Löhnen eine langfristige berufliche Perspektive für sich und ihre Familien erhalten. Die Kluft zwischen Reich und Arm wird immer größer. Deshalb fordern wir dringend eine Unternehmenssteuerreform, welche vor allem die reichen Kapitalgesellschaften zur Kasse bittet und dem Sozialstaat wieder zu einer größeren Handlungsfähigkeit verhilft.«*

Neuer Bürgermeister und alte Schützen

Nach ihrer schweren Niederlage im Bürgermeisterwahlkampf warteten die großen politischen Parteien in der StVV vorsichtig ab, welche politischen Veränderungen der neue Bürgermeister bewirken will und inwieweit ihm das gelingt. Als Träger des alten Systems Schulz hielten sie sich zunächst etwas geduckt zurück und stimmten leise in den Chor des Neuanfangs ein. Es ist schließlich nicht ganz ungefällig, zu den Neuanfängern zu gehören, denn bald sind wieder Wahlen.

Aber allzu große Fortschritte des Neuanfangs stehen der alten Garde nicht gar zu gut zu Gesicht. Neuanfang ist schließlich stets auch Kritik am bisherigen. Also schießt man sich langsam ein. Ersten kleinen Störfeuern folgen massivere Feuerstöße. Ein um's andere Mal läßt die alte Garde die vom neuen Bürgermeister initiierten Vorlagen der Stadtverwaltung durchfallen. Da geht es nicht so sehr um die Sache. Es wird vorgeführt, wie die Mehrheitsverhältnisse in der StVV sind.

Jüngste Beispiele aus der StVV: Das Engagement von Bürgermeister Boginski drückte sich auch darin aus, daß er ein Kulturforum aller Kulturschaffenden der Stadt installieren wollte und dazu bereits eingeladen hatte. Ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt beantragte die CDU-Fraktion die Gründung eines Kulturbeirates. Bei der Abwägung des Für und Wider von Kulturforum und Kulturbeirat obsiegte die (sehr knappe) Mehrheit der alten Garde, die dem Bürgermeister den Kulturbeirat überhalf.

Auch bei der Vorlage zur Veränderung der Hauptsatzung ließ die alte Garde den Bürgermeister auflaufen. Alle Fraktionen waren aufgerufen, Vorschläge zur Veränderung der Hauptsatzung zu machen. Vorschläge der Fraktionen? – Fehlanzeige. Vorschläge kamen nur vom Bündnis für ein demokratisches Eberswalde (dem auch die Fraktion Allianz Freier Wähler angehört) und vom Stadtverordneten

Gerd Markmann (BBP 6/2007, Seite 3). Ansonsten sollte wohl Paragraph 1 der Mecklenburgischen Verfassung gelten: alles bleibt beim Alten.

Eine schwierige Lage für den Bürgermeister, der gerne einige Veränderungen der Hauptsatzung gesehen hätte. Zu den umfangreichen Vorschlägen des Bündnisses zu Hauptsatzung und Geschäftsordnung (BBP 8/2007) führte er ein Gespräch mit zwei Vertretern des Bündnisses und signalisierte zumeist Zustimmung. Angesichts der reservierten Haltung der Fraktionen wollte und konnte Bürgermeister Boginski jedoch keine größere Zahl von Veränderungen in seine Vorlage übernehmen, wenn er diese nicht insgesamt gefährden wollte.

Aber auch die wenigen Vorschläge in der Verwaltungsvorlage mißfielen den großen Fraktionen. In der Hauptausschußsitzung am 13. September widersprachen sie u.a. den Vorschlägen, den Bürgermeister per Satzung zum Vorsitzenden des Hauptausschusses zu machen und die Prüfer/innen des Rechnungsprüfungsamtes durch die StVV zu bestellen und abzuberufen. Der Hauptausschuß wies alle Veränderungen der Hauptsatzung vom Tisch, sofern sie nicht vom Gesetz vorgeschrieben oder rein redaktioneller Natur waren.

Mit einem Dum-Dum-Geschoß störte der SPD-Fraktionsvorsitzende Kikow das Abstimmungsprozedere in der Stadtverordnetenversammlung. Er forderte, die Verwaltungsvorlage zurückzuziehen oder durch die Formulierung des Hauptausschusses zu ersetzen, denn der Hauptausschuß sei ein beschließender Ausschuß. Dumm nur, daß der Hauptausschuß nur in den Fällen beschließender Ausschuß ist, in denen ihm Aufgaben per Hauptsatzung zugewiesen sind. Trotzdem hatte Kikow Erfolg. Die Vorlage wurde zur erneuten Beratung an den Hauptausschuß zurückverwiesen.

ALBRECHT TRILLER

Partei- und Staatsführung?

Vor nunmehr achtzehn Jahren zerbrach unter dem Eindruck der immer mächtiger werdenden Montagsdemos in der DDR die Macht von Partei und Staat. Die Formulierung von der »führenden Rolle« der SED verschwand bald darauf aus der DDR-Verfassung. Ein Jahr später verschwand die ganze DDR. In Eberswalde nahm inzwischen die SPD die führende Rolle ein. Fünf Jahre später wählten die Eberswalderinnen und Eberswalder den SPD-Bürgermeister wegen seiner gezeigten Machtarroganz ab. Inzwischen schmolz auch die einstige deutliche Mehrheit der SPD in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung dahin.

Schlichte Gemüter der städtischen SPD scheinen diese Änderungen allerdings noch nicht so recht mitbekommen zu haben. Zumindest entsteht dieser Eindruck nach dem Lesen des jüngsten Amtsblatts. Dort informiert

der Ortsbürgermeister für die Ortsteile Nordend, Leibnizviertel, Westend und Kupferhammer Jürgen Kumm, zugleich Stadtverordneter der SPD, über seine Sprechstunden im Rathaus. Bürger, die seine »offiziellen Sprechstunden aus zeitlichen oder auch persönlichen Gründen nicht aufsuchen können«, fordert der Ortsbürgermeister dazu auf, daß sie sich an die Eberswalder SPD-Geschäftsstelle wenden. Die SPD-Geschäftsführerin werde dann die Anliegen an ihn weiterleiten.

Es ist schon erstaunlich, mit welcher Selbstverständlichkeit hier öffentliches Amt und Partei vermengt werden. Soll suggeriert werden, daß die Vergabe öffentlicher Ämter von Parteignaden erfolgte? Oder ist es nur ein billiger Versuch, ein öffentliches Amt zur Parteienwerbung zu mißbrauchen?

GERD MARKMANN

32.400 Brandenburger für Sozialticket

Anfang Oktober sind in der »Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg« 32.400 Unterschriften an der Präsidenten des Brandenburger Landtages Gunter Fritsch übergeben worden. Fritsch beglückwünschte die Initiatorinnen und Initiatoren zu »ihrem Fleißergebnis«. Die meisten Unterschriften wurden durch die Landesverbände der Partei DIE LINKE, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Berlin-Brandenburg, der Volkssolidarität sowie des Arbeitslosenverbandes gesammelt. Damit ist die erste Stufe in der Brandenburger Volksgesetzgebung vorbehaltlich, daß mindestens 20.000 Stimmen den formalen Anforderungen genügen, erreicht worden. Der Hauptausschuß des Brandenburger Landtages könnte dieses Thema dann voraussichtlich im November auf die Tagesordnung setzen. Die Regierungskoalition aus SPD und CDU sollte das Votum der Brandenburgerinnen und Brandenburger in ihrer täglichen politischen Arbeit berücksichtigen und dafür Sorge tragen, daß Voraussetzungen geschaffen werden, um im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg Chancengleichheit herzustellen.



Carsten Zinn (ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg) und Ursula Schäfer (DGB Bezirk Berlin-Brandenburg) übergeben die Stapel mit den Unterschriften an Landtagspräsident Gunter Fritsch (SPD). Im Hintergrund (v.r.n.l.): die Vizepräsidentin des Landtages Gerlinde Stobrawa (DIE LINKE), die verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion Anita Tack und Thomas Nord (Vorsitzender Landesverband DIE LINKE).

Für unsere Region hat der ver.di-Initiativbezirk Uckermark-Barnim mit knapp 6000 gesammelten Unterschriften einen beträchtlichen Anteil an der positiven Gesamtbilanz.

Mit der Einführung eines Sozialtickets in den 14 Landkreisen und 4 kreisfreien Städten könnten etwa 200.000 bis 300.000 Anspruchsberechtigte davon profitieren. Bei einer um 50% verbilligten Monatskarte (VBB-Umweltkarte) würde ein solches Sozialticket in Eberswalde 14 Euro sowie in Bernau, Prenzlau und Schwedt 13 Euro kosten. Dementsprechend müßten für die Landkreise Barnim und Uckermark jeweils 38 Euro aufgebracht werden.

Die anstehenden Haushaltsberatungen im Landtag sowie in den Kreistagen und Stadtver-

ordnetenversammlungen sollten dazu genutzt werden, die Abgeordneten für dieses Thema zu sensibilisieren. Dabei einzubeziehen sind die Wahlkreisabgeordneten der Regierungsparteien im Brandenburger Landtag.

An zahlreichen Wochenenden waren wir für die Volksinitiative auf den Straßen, Plätzen und auf öffentlichen Veranstaltungen unterwegs und haben einen intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern geführt. In der erlebten und gelebten Basisdemokratie konnten wir den Eindruck gewinnen, daß die Landespolitik Themen, welche die Menschen bewegt, sehr Ernst nehmen sollte. Mit Blick auf die Kommunalwahlen 2008 und die Landtagswahlen 2009 muß überlegt werden, ob Landes- und Kommunalpolitik noch im Interesse der Wählerinnen und Wählern gestaltet wird, oder diese zur »Scheindemokratie« verkommt.

Abschließend möchten wir es nicht versäumen, uns ganz herzlich bei allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern, insbesondere bei den Bürgerinnen und Bürgern in unserer Region, zu bedanken, die mit ihrer Unterschrift dazu beigetragen haben, dieser landesweiten Volksinitiative ein markantes Gesicht zu geben. Gleichzeitig sei allen Mitgliedern in Vereinen, Verbänden und Organisationen sowie den Einzelpersonlichkeiten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Lebens gedankt, die uns die Möglichkeit einräumten, Unterschriftenlisten auszulegen oder die selbst unterschrieben haben.

Dem ehemaligen Bereichsleiter in der ver.di Bundesverwaltung, Holger Menze, dem stellvertretenden ver.di-Landesbezirksleiter Andreas Köhn, dem Landesbezirksfachbereichsleiter Verkehr Jens Gröger und dem Pressesprecher Dr. Andreas Splanemann sowie der Geschäftsführerin des ver.di-Bezirk Uckermark-Barnim Marianne Wendt gilt ebenfalls unser herzliches Dankeschön.

Sie haben in einer unkomplizierten Art und Weise dafür Sorge getragen, daß das ver.di-Aktionsteam mit ansprechenden Kampagnenmaterialien ausgestattet und die organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen wurden bzw. daß die mediale Begleitung gegenüber der Presse jederzeit gewährleistet war.

Wir möchten uns auch bei der Brandenburg-Redaktion und den Lokalredaktionen der Märkischen Oderzeitung sowie bei den Redaktionen des Eberswalder Blitzes bedanken, die uns im Endspurt der Volksinitiative mit aktuellen und anspruchsvollen Beiträgen begleiteten.

CARSTEN ZINN (ver.di Berlin-Brandenburg)
DR. ANDREAS STEINER (Grüne Liga)

Was gegen Kinderarmut tun

Die MOZ berichtete darüber am 28. August in einem Artikel mit der Überschrift: »2,6 Millionen Kinder leben in Armut«. Jedem von Ihnen werden die Kinder ganz besonders am Herzen liegen und ich nehme an, nicht nur Ihre eigenen Kinder und Enkel.

Bei dieser Zahl von 2,6 Millionen handelt es sich längst nicht um alle Kinder, die in Deutschland in Armut leben. Die 2,6 Millionen sind die Kinder, die in Familien leben, die auf Hartz IV angewiesen sind. Diesen Kindern stehen nur 208 Euro im Monat zur Verfügung, nämlich 60 % des Regelsatzes eines Hartz IV-Empfängers. Mit Hartz IV waren die bis dahin gewährten Pauschalen für Kinderkleidung und Schulbedarf abgeschafft worden.

Die Kinderarmut in Deutschland ist vor dem Hintergrund des Reichtums dieses Landes ein Riesenskandal. Die Kinderarmut ist Teil des großen Umverteilungsprozesses von unten nach oben, von denen, die wenig haben zu denen, die schon überreichlich besitzen, von den Schwachen zu den Starken.

Sie werden sagen, daß dies ein Problem der Bundes und nicht der Stadt ist. Vom Grundsatz ist das zutreffend. Aber auch auf Stadtebene ist manche Korrektur möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist.

So gewährt zum Beispiel die Stadt Oldenburg im Zusammenhang mit ihrem Sozialpaß eine Beihilfe für Schulsachen. Auch in Göttingen und Osnabrück werden Beihilfen für Schulsachen gewährt.

Deshalb frage ich Sie: Halten sie es für möglich und sind Sie dazu bereit, eine Beihilfe für Schulsachen und Essengeldfreiheit für arme Kinder in Schulen und Kindertagesstätten zu gewähren?

Ihnen liegt heute der erste Entwurf des Haushalts 2008 vor. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um an die Schwächsten der Gesellschaft zu denken. Gewähren Sie den Kindern in Hartz IV-Familien eine Beihilfe für Schulsachen und stellen Sie diese vom Essengeld frei.

UTE FREY (Bündnis für ein demokratisches Eberswalde) zur Einwohnerfragestunde der StVV Eberswalde am 20. September

Dritte Bücherübergabe

Eberswalde (kjp). Am 28. September hat das Kinder- und Jugendparlament (KJP) der Stadt Eberswalde zum dritten Mal in diesem Jahr eine Bücherübergabe veranstaltet. Diesmal gingen die mehr als 100 Mal- und Kinderbücher an die Integrationskita »Kinderland« im Leibnizviertel. Der Vorsitzende des KJP, Martin Hoeck übergab die Bücher an die Kitalleiterin, Karin Maaß.

»Wir haben den Eindruck, daß die Einrichtungen gerade mit solchen Mal- und Kinderbüchern nicht ausreichend bestückt sind«, sagt Martin Hoeck zur Übergabe. Ziel sei es, auch im vierten Quartal 2007 noch eine Bücherübergabe zu vollziehen.

»Schecks sind gedeckt«

Umverteilung zu Gunsten von aktiver Beschäftigungspolitik, Armutsbekämpfung, Kinder und Jugendlichen sowie zur Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse ans Westniveau – das zieht sich wie ein roter Faden durch die Anträge der Linksfraktion in der Haushaltsdebatte des Bundestages. Durch Umschichtungen im Bundeshaushalt sowie eine gerechte Steuerpolitik wollen wir rund 30 Milliarden Euro an freien Mitteln gewinnen. Dem stehen insgesamt Mehrausgaben von 27 Milliarden Euro gegenüber. Bei der Rechnung sind die steigenden Staatseinnahmen aufgrund der guten Konjunktur noch nicht einmal berücksichtigt. Dieses Vorgehen spricht für die seriöse Haushaltspolitik der LINKEN. Unsere Schecks, die wir in einen Politikwechsel investieren, sind gedeckt.

Im Einzelnen schlägt die Fraktion unter anderem vor, das ALG II auf nunmehr 435 Euro zu erhöhen. Damit sollen die zuletzt gestiegenen Preise für Lebensmittel, Strom und anderes berücksichtigt werden. Auch die Kürzung der Pendlerpauschale soll zurückgenommen werden. Mit 2 Milliarden Euro wollen wir innerhalb eines Programms »Jugend und Innovation« die Kinderbetreuung ausbauen, 400 Millionen Euro für mehr BAföG ausgeben sowie mit 44 Millionen Euro die Ausbildungslage behinderter Jugendlicher verbessern. Um die Finanzlage der Städte und Gemeinden zu stärken, fordern wir erneut eine kommunale Investitionspauschale im Umfang von 3 Milliarden Euro jährlich. Dazu kommt ein Konversionsprogramm von 600 Millionen Euro.

Im Bundeshaushalt selbst machen wir z.B. Mittel frei, indem wir verlangen, beim Verteidigungsetat zu kürzen und auf den Bau des Münchner Transrapid zu verzichten. Den größten Teil der Mehreinnahmen soll unseren Forderungen entsprechend die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Besteuerung der Extraprofite der Stromkonzerne beim Emissionshandel erbringen.

Dr. DAGMAR ENKELMANN und
Dr. GESINE LÖTZSCH

Strike Bikes für Kuba

»Kuba braucht Fahrräder und die ArbeiterInnen der Bike System GmbH in Nordhausen brauchen konkrete Solidarität«, so Reinhard Thiele von der Arbeitsgemeinschaft »Cuba Sí« in der Partei Die Linke. »Cuba Sí« initiierte daher kurzfristig die Solidaritätsaktion »Strike Bikes für Kuba«. Ziel der Aktion war, genügend Geld einzusammeln, um den Nordhausener Betriebsbesetzer 30 Fahrräder abzukaufen, die anschließend den Arbeiterinnen und Arbeiter der von »Cuba Sí« betreuten Landwirtschaftsprojekten in Kuba zu übergeben. Dort, so Thiele, würden sie dringend benötigt.

www.cuba-si.org, Spendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí: Konto-Nummer: 4382210000, Berliner Bank AG, BLZ 10020000, VWZ: Kuba muß überleben/Strike Bike

Mindestlohn – Warten auf Wahlzettel?

Sittenwidrig niedrig ist für Millionen Bundes-Bürger der Stundenlohn, seit langem. Nun macht das auch die Koalitions-Parteien nachdenklich. Sie konnten sich aber auch im Juni im Koalitionsausschuß nicht einigen, wie die Sittenwidrigkeit zu beheben ist, welche die Würde von Millionen Bürgern verletzt. Bis zum nächsten Wahlkampf wollen Parlamentarier die Sittenwidrigkeit dulden. Solange soll auch das Grundgesetz verletzt bleiben.

Oder besinnt sich wenigstens die SPD? Sie war ja der Lösung schon recht nahe mit einem Aufruf, den sie in der Tasche hatte. Nur: Als die Linkspartei den SPD-Aufruf wortgleich im Bundestag einreichte, stimmte die SPD dagegen. Sie stimmte gegen sich selber.

Was sagen die Gewerkschaften? Kandidaten für einen Mindestlohn sind sechs bis sieben Millionen Bundesbürger, je nachdem, ob man die Mindestlohn-Marge bei 7,50 oder bei 8 Euro setzt. Offenbar muß die DGB-Spitze erst mal nachdenken. Jetzt hat eine »Initiative Mindestlohn«, von den Gewerkschaften NGG und ver.di als Bündnis von Einzelpersonen und Organisationen gegründet, ein Papier vorgelegt: »Die wichtigsten Argumente der Mindestlohn-Gegner. Und warum sie nicht zutreffen«. (Initiative Mindestlohn, Juni 2007) In 24 Punkten wird bekräftigt, was auch Laien erkennen können, die sich ihren Sinn für gesamtgesellschaftliches Denken bewahrt haben: Mindestlohn ist konsequenzenneutral für die Volkswirtschaft

als Ganzes, denn was mehr an Lohn gezahlt wird, steht auch mehr an Kaufkraft zur Verfügung. Insofern könnte die gesetzliche Mindestlohn-Einführung als eine Single-Problemlösung stattfinden, die nicht mit der Lösung anderer Probleme gekoppelt zu werden brauchte.

Doch in einem Punkt – dem neuralgischsten – weicht die »Initiative Mindestlohn« den Gegnern des Mindestlohnes aus. Diese behaupten nämlich: »Der Mindestlohn verschlechtert die Arbeitsmarktchancen für gering qualifizierte und Langzeitarbeitslose«. Die Mindestlohn-Initiative gibt zu, daß Mindestlohn kein Instrument ist, »um benachteiligte Personengruppen in den Arbeitsmarkt zu integrieren«.

Da nun die »Initiative Mindestlohn« sehr zurecht die staatliche Subventionierung von Unternehmen ablehnt, die Kandidaten für gesetzlichen Mindestlohn beschäftigen, muß die »Initiative Mindestlohn« weiterdenken. Die staatliche Subventionierung des Mindestlohnes – von CDU-Leuten als »Kombi-Lohn« gepriesen – hätte zunehmendes Lohndumping durch die Unternehmen zur Folge. Eine solche »Kombi-Lösung« wäre verhängnisvoll. Aber es gibt eben ein ganz anderes »Kombi-Modell«, nämlich die Kombination von gesetzlichem Mindestlohn und allgemeiner Arbeitszeitverkürzung zur Neuentstehung von Arbeitsplätzen. Wenn zwei Leute das Wort »Kombi« in den Mund nehmen, ist es nicht dabele.

Dr. RAINER THIEL

Sackgasse Billiglohnland

3. Brandenburgkonferenz des DGB Berlin-Brandenburg

Potsdam (bhp). Der Deutsche Gewerkschaftsbund Bezirk Berlin-Brandenburg führt am 29. Oktober im Potsdamer Tagungszentrum Hermannswerder seine 3. Brandenburgkonferenz durch. Von 10 bis 17 Uhr werden sich die Gewerkschafter an diesem Tag dem Thema »Sackgasse Billiglohnland: Brandenburgs Wirtschaftspolitik auf dem Prüfstand« widmen.

»Auf der 3. Brandenburgkonferenz der Gewerkschaften«, sagt die stellvertretende Bezirksvorsitzende Doro Zinke, »möchten wir uns über alternative Perspektiven des Landes austauschen, um Auswege aus der Niedriglohnlage deutlich zu machen«. Der DGB habe immer wieder betont, daß eine zukunftsorientierte Entwicklung in Ostdeutschland nur mit hochwertigen Arbeitsplätzen zu erreichen ist. »Dennoch setzen viele Politiker im Land auf niedrige Löhne und den Abbau von Sozialstandards. Brandenburg wird somit zu einem subventionierten Billiglohnland, aus dem junge qualifizierte Fachkräfte abwandern und die Bevölkerung veraltet. Die soziale und wirtschaftliche Zukunft des Landes steht auf dem Spiel.« Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns auf Bundesebene sei überfällig, meint die Gewerkschafterin.

»Aber auch auf Landesebene können einige Maßnahmen dem Trend zum Niedriglohnland entgegenwirken. Wir brauchen endlich ein Landesvergabegesetz, damit öffentliche Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen gehen. Hierauf aufbauend braucht Brandenburg eine wirtschaftspolitische Strategie, eine Vision, die auf Gerechtigkeit und Qualifikation baut. Brandenburg soll ein zukunftsfähiges Einwanderungsland werden und kein von Dumpinglöhnen dominiertes Abwanderungsland.«

Am Vormittag werden Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU), Professor Gustav Horn von der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung und der Berlin-Brandenburgische DGB-Vorsitzende Dieter Scholz mit den Gewerkschaftern diskutieren. Am Nachmittag folgen Beratungen in Arbeitsgruppen und das Abschlußpodium mit Arbeits- und Sozialministerin Dagmar Ziegler (SPD), Kerstin Kaiser (Fraktionsvorsitzende Landtagsfraktion Die Linke) sowie Bodo Grzonka (IG Metall), Sabine Süpke (IG BCE Berlin-Mark Brandenburg) und Doro Zinke zum Thema »Stärken stärken? Chancen nutzen? Stärkung der sozialen Dimension und der Arbeitnehmerrechte!«.

Streik gegen Mindestlohn

Berlin/Schwedt (bbp). Bei Streiks geht es normalerweise um höhere Löhne, bessere Sozialstandards und um kürzere Arbeitszeiten. Am 9. Oktober ging es in Berlin um das Gegenteil. Geschäftsführer und Mitarbeiter von privaten Briefdiensten protestierten an diesem Tag gegen die beabsichtigte Einführung von Mindestlöhnen für die privaten Briefdienste. »Sie werden verstehen können«, schrieb der Geschäftsführer des in der Eberswalder Region tätigen City Brief Boten (CBB) seinen Kunden, »daß für ein so junges Unternehmen diese hohen Löhne nicht realisierbar sind«. Um zu verhindern, daß »hunderte Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz verlieren«, würden sich die CBB-Mitarbeiter an dem Streik am 9. Oktober beteiligen.

Die gesetzlich vorgesehenen Mindestlöhne orientieren sich an jenen von 8 bis 9,80 Euro, welche die Gewerkschaft ver.di mit der Deutschen Post AG per Tarifvertrag ausgehandelt hat. Wird der Mindestlohn per Gesetz beschlossen, wären auch die nicht tariflich gebundenen privaten Brief-, Kurier- und Zeitungszustelldienste daran gebunden.

Bundesweit haben private Zustelldienste einen Marktanteil von fünf Prozent. Jetzt haben sie mit dem »Neue Brief- und Zustelldienste e.V.« (NBZ) eine eigene Interessengemeinschaft gegründet. In der Mindestlohnregelung sehen sie »eine Zementierung der Monopolstellung« der Deutschen Post AG. Im Gegensatz zur Deut-

schen Post sind die alternativen Zustelldienste zudem mehrwertsteuerpflichtig. Das führe zusätzlich zu einer erheblichen Wettbewerbsverzerrung.

Man sei nicht generell gegen einen Mindestlohn, heißt es beim NBZ. Bei einer Anhörung des Wirtschaftsministeriums legten die neuen Briefdienstleister allerdings »nachvollziehbar und glaubhaft dar, daß sie bei Mindestlöhnen von 8 bis 9,80 Euro ihre Unternehmen in Insolvenz führen müssten« (aus dem Sitzungsprotokoll). »Wir hätten uns vielleicht auf einen realistischeren Mindestlohn einigen können«, so ein NBZ-Vertreter gegenüber der Presse, »wenn auch Vertreter privater Briefzustellfirmen mit an den Verhandlungstisch geladen worden wären«.

Die 2006 von den Gewerkschaften NGG und ver.di ins Leben gerufene »Initiative Mindestlohn« fordert einen Mindestlohn von 7,50 Euro, der schrittweise bis auf 9 Euro erhöht werden soll. Einen Mindestlohn fordert auch Die Linke, wobei sie bei 8 Euro einsteigen wollen und sie jenen Unternehmen, die kurzfristig nicht dazu in der Lage sind, einen schrittweisen Eingang zugestehen. Später sei der Mindestlohn schrittweise soweit zu erhöhen, bis er ein Einkommen aus Vollzeitwerbsarbeit oberhalb der Armutsgrenze ermöglicht. Diese liegt derzeit bei 1.470 Euro Bruttoeinkommen pro Monat, was bei einer 38,5 Stunden-Woche 8,80 Euro pro Stunde ergibt.

Druck auf Beschäftigte der PIN Mail AG:

Bestellte Demo gegen den Mindestlohn

Mit Behauptungen wie »Mindestlohn verhindert Wettbewerb« und »Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze« forderte die PIN Mail AG Berlin ihre Beschäftigten auf, am 9. Oktober gegen den zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband Postdienste geschlossenen Mindestlohntarifvertrag für die Postbranche während der Arbeitszeit auf die Straße zu gehen.

Diese Vorgehensweise ist ein Akt des blanken Zynismus. Seit Jahren speist die PIN AG Berlin die Beschäftigten mit Dumpinglöhnen ab – obwohl sie zum wiederholten Male den Zuschlag bei der Ausschreibung der Berliner Behördenpost erhalten hat und mittlerweile satte Gewinne einfährt. Nicht wenige Zusteller sind nach wie vor auf ergänzende Sozialleistungen durch den Staat angewiesen. Deshalb ist der Mindestlohn von 9,80 Euro in Berlin nicht zu viel, sondern längst überfällig.

Die PIN GROUP, der auch die PIN MAIL AG Berlin angehört, behauptet, sie sei von Tarifverhandlungen zum Mindestlohn ausgeschlossen worden. Tatsächlich hatte sie seit Februar die Möglichkeit, mit ver.di einen Haustarifvertrag zu verhandeln. Bis heute hat sie die von ver.di gestellte Tarifforderung nicht bewertet und damit den Eindruck vermittelt, einen Tarifvertrag verhindern zu wollen.

»Die Vorgehensweise der PIN GROUP und ihrer Berliner Tochter zielt offensichtlich darauf ab«, sagte ver.di-Landesfachbereichsleiterin Postdienste Benita Unger, »sich auch in Zukunft Wettbewerbsvorteile durch die Zahlung von Dumpinglöhnen verschaffen zu können. Diese Art von Unternehmenspolitik richtet sich unmißverständlich gegen die Interessen der Beschäftigten – ebenso wie der Versuch der PIN, die Belegschaft jetzt gegen ihr Recht auf anständige Bezahlung durch den Mindestlohntarifvertrag mit dem Schüren von Zukunftsängsten in Stellung zu bringen. Wir als ver.di verurteilen solche unlauteren Verschleiervorgänge und informieren die Beschäftigten über den aktuellen Sachstand zum Mindestlohn.«

Der Aufruf der PIN AG gegen den Mindestlohn torpediere nicht zuletzt auch die vom Berliner Wirtschaftsminister auf den Weg gebrachte Vergaberechtsreform mit der Ausweitung der Tarifregelungen auf alle Branchen, sagte Susanne Stumpfenhusen, ver.di-Landesbezirksleiterin.

ANDREAS SPLANEMANN – Pressesprecher des Ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg



Widersprüche klar benennen

Diskussion zum sozialen Frieden

Am 26. September fand in Bernau eine politische Diskussionsveranstaltung zum Thema statt, was nötig ist, um in der Gesellschaft der Bundesrepublik einen sozialen Frieden real werden zu lassen und was dabei unsere neue Partei DIE LINKE tun könne oder sollte. Genosse Professor Dr. Fritz Vilmar war insofern prädestiniert für ein solches Thema, weil er als ehemaliger Politikprofessor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und früheres Mitglied der SPD und ihrer Grundwertekommission sich intensiv mit diesem Thema befaßt hatte.

Die Diskussion wurde angeregt durch die Diskussionen auf einer gemeinsamen Beratung von Kreistagsfraktion und Kreisvorstand der Linkspartei.PDS vom Mai dieses Jahres.

Sowohl durch Genossen Vilmar als auch in der Diskussion kam zum Ausdruck, daß zurzeit in unserer Gesellschaft kein sozialer Frieden existiert. Es herrscht zwar in hohem Maße Unzufriedenheit vor allem auf sozialem Gebiet, eine »Lohnwut« angesichts sinkender Reallöhne, aber der Druck auf die Arbeiter, Angestellten und sich selbst ausbeutenden Kleinunternehmer ist durch Arbeitsplatzgefahr und Existenzbedrohung so hoch, daß sich im Wesentlichen kein Kampfpotential aufbaut.

Ein sozialer Frieden kann im Kapitalismus nur zeitweilig, partiell sein. Seine Maßstäbe verändern sich in einem dialektischen Prozeß. Unsere Partei sollte, stärker als bisher, die Grundwidersprüche in unserer Gesellschaft klar benennen und um ihre schrittweise Lösung in der Einheit von parlamentarischer Arbeit und der Organisation und Unterstützung außerparlamentarischer Aktionen kämpfen. Der Zusammenarbeit vor allem mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sollte größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Meinungen stimmten im Detail nicht immer überein, waren aber im oben gesagten Sinne grundsätzlich ähnlich. An der Diskussion beteiligten sich Margitta Mächtig von der Kreistagsfraktion, einige Mitglieder des noch amtierenden Kreisvorstandes, eine Delegation der DKP und andere interessierte Genossen. Genosse Vilmar legte Grundgedanken seiner schon seit Jahrzehnten formulierten Wirtschaftsdemokratie dar, deren wichtigste Punkte u.a. Arbeitszeitverkürzung (im Ergebnis technologischer Veränderung der Arbeitsprozesse), Ausbau der Mitbestimmung, Stärkung genossenschaftlichen Eigentums und gesellschaftliche Kontrolle der Konzerne sind.

Die Einschätzung der Veranstaltung durch die Teilnehmer war positiv. Selbst Genosse Vilmar vermerkte, noch etwas gelernt zu haben. Sicher ist dem am 27. Oktober neu zu wählenden Kreisvorstand nur zu empfehlen, solche Veranstaltungen – auch im Rahmen der zu erwartenden Programmdiskussion – weiterhin durchzuführen.

Dr. HEINZ SCHÄFER 9

Eberswalder Obus stärken statt schwächen

Obwohl das »Obusgutachten« eine Tendenz gegen den Obus und für den Wasserstoffbrennstoffzellenbus aufweist, zeigt es bei genauem Lesen, daß der Obus für Eberswalde ein sehr gut funktionierendes Nahverkehrssystem ist. Er ist umweltfreundlich, wirtschaftlich, hat ein gutes Image, befördert überdurchschnittlich viele Fahrgäste (im Vergleich mit anderen Städten gleicher Größenordnung) und ist ein Markenzeichen für Eberswalde. Außerdem wird in dem Gutachten deutlich: das Obusnetz kann mit relativ geringem Aufwand noch attraktiver gestaltet werden.

Die im Gutachten prognostizierte größere Wirtschaftlichkeit des Brennstoffzellenbusses ab ca. 2015 beruht auf weitgehend spekulativen Daten. Deren ungeprüfte Übernahme kann zu Fehlentscheidungen führen. Glaubenssätze der Art »Die Zukunft gehört dem Wasserstoffzellenbus mit Hybridtechnologie« helfen nicht wirklich. Die Obus-Infrastruktur wurde mit Fördermitteln erneuert. Soll diese Infrastruktur vor Ende der Zweckbindungsfrist stillgelegt und neue Fördermittel für eine andere

Technologie eingeworben werden? Wir sehen keinen vernünftigen Grund, heute eine Entwicklung »weg vom Obus« zu beginnen.

Das gut funktionierende Obusssystem in der Kreisstadt darf nicht durch »Fahren auf Verschleiß« gefährdet werden. Notwendige Investitionen in die Busflotte und das Oberleitungsnetz sollten zeitnah und kontinuierlich erfolgen, um die Attraktivität und Zuverlässigkeit der Obusse zu erhalten und weitere Fahrgäste zu gewinnen. Beim Ausbau des Systems, z.B. nach Süding, sollten Kreis und Stadt an einem Strang ziehen und sich die Kosten teilen. Die Initiativen für die Einführung des ebenfalls umweltfreundlichen, aber noch nicht marktreifen Brennstoffzellenbusses sollten sich auf Bernau konzentrieren, wo bisher ausschließlich

Dieselbusse fahren. Dadurch könnte dort die Lärm- und Feinstaubbelastung sinken.

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Unterschriftenaktion für den Erhalt des Obusses und rufen dazu auf, sich in der Stadt Eberswalde und im Kreistag parteiübergreifend für den Obus stark zu machen.

KARL-DIETRICH LAFFIN (Kreissprecher B90/Grüne) und Prof. JOHANNES CREUTZIGER (Kreistagsfraktion Grüne/Freie Wähler)



»Solarstadt Bernau«

Bernau (bbp). Dem Beispiel der Bürgersolaranlage in Eberswalde folgend hat Markus Schaefer (Bündnis 90/Grüne) einen Antrag »Solarstadt Bernau« in die Bernauer Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Schaefer geht davon aus, daß seine Vorlage zunächst in die Ausschüsse verwiesen wird. »Dort wird dann die harte Arbeit beginnen, die Dächer der Stadt, der Wobau und der Stadtwerke auch für Investoren nutzbar zu machen.« Neben der Verpachtung an Fremdnutzer kann sich der Bernauer Stadtverordnete durchaus vorstellen, daß die städtischen Gesellschaften wie in Eberswalde selber investieren.

Artenschutz eingeschränkt

Rüdnitz (bbp). Das Brandenburgische Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt- und Verbraucherschutz (MLUV) hat das Verfahren zur Allee Rüdnitz-Danewitz-L29 wieder an die Untere Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises Barnim übertragen.

In einem Schreiben an den Landkreis begründet das MLUV dies damit, daß eine Zuständigkeit des Landesumweltamtes (LUA) nicht gegeben sei. Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes sei nicht maßgeblich und für das LUA nicht bindend. Das MLUV geht davon aus, daß der Niststättenschutz nicht ganzjährig gelte und daß die festgestellten Flechtenvorkommen für die Zuständigkeit ebenfalls nicht maßgeblich sind, weil es sich nicht um europarechtlich geschützte Arten handle und folglich der Artenschutz in der Eingriffsregelung durch die UNB abgearbeitet werden könne.

»Die ham' wohl'n Rad ab«

Eberswalde (bbp). »Die ham' wohl'n Rad ab« – mit solchen und derberen Ausdrücken reagierten Eberswalder Bürgerinnen und Bürger in einer BBP-Umfrage auf die Pläne des Kreises, den Eberswalder Obus abzuschaffen. Der Obus ist den Eberswaldern ans Herz gewachsen. Sie sind stolz auf ihren umweltfreundlichen Bus. Sie sehen den Obus als Markenzeichen für ihre Stadt. Nicht ohne Grund, ist Eberswalde doch die einzige Stadt auf dem Gebiet der DDR, in der nach dem Anschluß an die BRD der umweltfreundliche Obus erhalten blieb.

»Alle reden vom Klimaschutz, aber Herr Ihrke will den Obus abschaffen«, wundert sich Paul M. aus dem Brandenburgischen Viertel. »Dabei fährt der Obus der kreislichen Busgesellschaft so-

gar Gewinne ein.« Dies liege daran, begründete der Geschäftsführer der Barnimer Busgesellschaft Frank Wruck gegenüber der Presse, weil inzwischen sämtliche Fahrzeuge der Obus-Flotte in den Büchern der BBG abgeschrieben sind. Nach den Plänen der Kreisverwaltung sollen die abgeschriebenen Obusse noch weitere 8 bis 10 Jahre ihren Dienst tun. In dieser Zeit soll zudem keinerlei Investitionen ins Obus-Netz fließen. Die vorhandene Substanz soll auf Verschleiß gefahren werden. Wobei dennoch kaum erwartet werden kann, daß auf Preiserhöhungen verzichtet wird. Wie der Betrieb bei immer älter werdendem Material funktionieren soll, darüber macht sich in der Kreisverwaltung offenbar niemand Gedanken.

Alleinkahlschlag um jeden Preis?

Rüdnitz (b90/bbp). Mit harscher Kritik hat die Brandenburger Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (Bündnis 90/Grüne) auf die Aussage aus dem Brandenburger Umweltministeriums reagiert, den Gerichtsbeschuß des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg zur geplanten Alleinfällung zwischen Rüdnitz und Danewitz nicht anzuerkennen. Karl-Heinrich von Bothmer, Abteilungsleiter im Brandenburger Umweltministerium, hatte nach Presseberichten die Zuständigkeit für einen Antrag zur Fällung der Bäume an die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Barnim zurückgegeben. Zur Begründung hatte er angegeben, daß der anderslautende Beschluß des Oberverwaltungsgerichtes nicht bindend sei. »Herr von Bo-

thmer scheint vom Alleinkahlschlag besessen zu sein«, meint dazu Cornelia Behm. Anders sei seine nicht mehr nachvollziehbare Rechtsauffassung, Gerichtsbeschlüsse seien für die Politik nicht bindend, nicht zu erklären.

Das Ministerium hatte schon einmal dem Landesumweltamt die Zuständigkeit für das Verfahren entzogen, war aber damit vor dem Oberverwaltungsgericht gescheitert.

Die Politikerin fordert den Brandenburger Umweltminister, Dietmar Woidke, dringend auf, die Entscheidung zu korrigieren. »Das gutsherrenartige Verhalten des zuständigen Abteilungsleiters ist nicht nur unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten unverantwortlich, sondern auch rechtsstaatlich gesehen höchst problematisch.«

Linke Umweltpolitik unter der Lupe:

»Wie grün ist DIE LINKE?«

Eberswalde (cr). Am 26. September fand im Café am Weidendamm (Eberswalde) die Veranstaltung »Wie GRÜN ist DIE LINKE?« statt. Eingeladen hatten der Eberswalder Stadtvorstand und die AG Umwelt (AGU) bei der LINKEN im Barnim. Der Sprecher der AGU Christian Rehmer begrüßte die etwa fünfzehn Anwesenden und stellte die drei Referenten des Abends vor: Bernd Brouns (Umweltreferent der Bundestagsfraktion DIE LINKE), Axel Kruschat (Geschäftsführer des BUND Landesverband Brandenburg e.V.) und Dr. Andreas Steiner (Barnimer Baumschutzstammtisch & SPD Finow).

Und schon ging's los. »Warum sollte sich DIE LINKE als soziale Partei jetzt auch noch um die ökologische Frage kümmern?«, fragte Umweltperte Brouns. Dafür gebe es fünf gute Gründe. Für DIE LINKE sei die internationale Solidarität mit den Armen und Schwachen von zentraler Bedeutung. Gerade diese seien es, welche unter den Auswirkungen des Klimawandels verstärkt zu leiden hätten. »In Holland werden sie die Deiche höher bauen, in Bangladesch führt das aber zu viel größeren Schwierigkeiten«, gab Brouns zu bedenken.

Des Weiteren müsse die Partei glaubhaft für den Frieden streiten. Schon heute seien Klimakonflikte Kriegs- und Vertreibungsgründe. Die Linke müsse konsequent die ökologische mit der sozialen Frage verknüpfen, das würde die Mittelstandspartei der Grünen schon lange nicht mehr machen. Letztendlich würde die von der LINKEN gestellte Systemfrage immer auch automatisch die ökologische Frage stellen, wie der neue Parteivorsitzende Lafontaine auf dem Gründungsparteitag hervorhob.

»Wir sind programmatisch nicht schlecht aufgestellt«, betonte Brouns, allerdings bekäme das kaum jemand mit. In der Umweltpolitik der LINKEN bestünde ein Kommunikationsproblem. Das läge vor allem daran, daß niemand des Führungspersonals glaubhaft für die Ökologie stünde. Daran sei zu arbeiten. Des Weiteren gebe es kritische Umweltthemen, in welchen noch viel Debattenbedarf bestünde: z.B. bei der Braunkohleverstromung oder der Pendlerpauschale.

Der anschließende Vortrag des BUND-Geschäftsführers Axel Kruschat begann mit der Frage »Ist DIE LINKE grün genug?«. Kruschat ließ einen theoretischen Vortrag über die Themen »links« bzw. »grün« folgen. DIE LINKE müsse die Solidarität und Subsidiarität in der Gesellschaft zum Ziel haben. Grün würde sie dadurch, daß sie dabei nicht die Belange der zukünftigen Gesellschaften aus den Augen verliere. Für die Brandenburger Umweltverbände sei DIE LINKE durchaus ein Partner, allerdings könne man sich nicht immer auf die Zusagen der einzelnen Abgeordneten verlassen. Kruschat mahnte an, »vom Verzichtsdiskurs zum

Management überzugehen«. DIE LINKE dürfe nicht den Fehler machen das Thema »Verzicht« so sehr in den Fokus zu rücken, wie dies viele Umweltverbände tun würden. Aufgabe der LINKEN sei es »grüne Politik sozial gerecht zu machen«.

Der dritte Vortrag des Abends hatte die Barnimer Umweltpolitik zum Inhalt. Dr. Andreas Steiner, von 2004 bis 2007 Mitglied des Umweltausschusses (A5) des Kreistages, stellte die aus seiner Sicht wichtigsten umweltpolitischen Themen der letzten Jahre vor. Hierbei schätzte er DIE LINKE sehr unterschiedlich ein. Bei einigen Themen sei sie ein guter Partner der Umweltpolitik, bei anderen wie z.B. beim Konflikt um die Rüditz-Danewitzer Allee allerdings nicht. Steiner betonte, »die partei- und gruppenübergreifende Zusammenarbeit muß im Vordergrund stehen. Nur gemeinsam können wir die zentralen umweltpolitischen Fragen lösen«. Ein Ort für eine solche parteiübergreifende Zusammenarbeit ist beispielsweise die AG Umwelt bei der LINKEN im Barnim, die jedem offen zugänglich ist.

Dr. Steiner betonte in seinen Ausführungen die teilweise mangelnde Fachkompetenz der Kreistagsmitglieder. Er bemängelte auch die offensichtliche Anbiederung einzelner an die Kreisverwaltung und kritisierte fehlenden Abstand zwischen Legislative und Exekutive.

Nach den drei Vorträgen folgte eine lebhaft Diskussion. Kontrovers wurde beispielsweise die Studie zum demographischen Wandel in Brandenburg des Berlin-Institutes diskutiert. In dieser wird vorgeschlagen, den wenig besiedelten Gebieten Brandenburgs eine Wegzugprämie zukommen zu lassen. »Ökologisch sinnvoll, aber menschlich heftig«, meinte ein Anwesender. Trotzdem müsse auch DIE LINKE sich Gedanken darüber machen, wie die gesellschaftliche Infrastruktur in den peripheren Regionen des Landes aufrechterhalten werden soll.

Ein weiterer Debattenpunkt war die Frage nach energetischen Einsparpotentialen. »Das bringt doch nichts, das Kraftwerk Jämschwalde wird trotzdem weiter die Luft verschmutzen«, meinte Kruschat. »In Kuba wurde im Jahr der Energierevolution 2003 nur durch das Austauschen der Glühbirnen und den Zukauf von Reiskochern eine Menge Energie eingespart, die muß nun auch nicht mehr durch Öl erzeugt werden«, entgegnete Rehmer. Einig war man sich darin, daß ein massiver Wechsel der Stromerzeugung hin zu erneuerbaren Energien nötig sei. Die Braunkohle habe keine Zukunft.

Das Fazit des Abends: DIE LINKE ist auf dem Weg grüner zu werden, aber ein steiniger Weg scheint noch vor uns zu liegen. »Was passiert, wenn wir auch in Regierungsverantwortung sind?«, meinte Brouns kritisch.

Das wird sich zeigen.

Bahneigentum retten

Intakte Waggons in Eberswalde verschrottet

Die Privatisierung der Bahn nach den Plänen der Bundesregierung muß dringend gestoppt werden. Sie geht eindeutig zu Lasten der Bevölkerung und des ländlichen Raums. Das Land Brandenburg darf diesen Plänen auf keinen Fall zustimmen! Der SPD-Vorschlag einer Volksaktie ist höchstens ein Schmiermittel, um diese Kröte gleitfähig zu machen. Ich halte ihn aber ebenfalls für nicht tragfähig.

Zugverbindungen im ländlichen Raum in Brandenburg und Deutschland sind bei den jetzigen Plänen massiv gefährdet. Darüber hinaus droht die Verteuerung des Nahverkehrs. Die Schiene muß in öffentlicher Hand bleiben! Nur so sind Nahverkehrsangebote verschiedener Wettbewerber zu vernünftigen Preisen möglich. Über die jetzigen Pläne versucht die Bahn ihre Monopolstellung zu sichern.

Die Deutsche Bahn vernichtet bereits heute mit Steuergeldern eingekaufte Lokomotiven und Waggons, um Wettbewerbern den Einkauf von Technik zu erschweren. Nach meinen Informationen sind auch in Eberswalde bei der Firma Theo Steil von August 2005 bis März 2006 Interregio-Waggons verschrottet worden. Mittlerweile stellt die Bahn Interregio-Waggons, die sie loswerden möchte, absichtlich unbewacht in Gegenden ab, wo sie Graffiti und anderem Vandalismus ausgesetzt sind. Danach hat sie einen besseren Vorwand, um eine Verschrottung einzuleiten. Entsprechendes Agieren wurde an den Bahnhöfen Wittenberge und Berlin-Rummelsburg noch Anfang August beobachtet.

Die Bundesregierung als Eigentümer der Bahn schaut tatenlos zu. Der Vernichtung von Volksvermögen muß dringend Einhalt geboten werden! Sie ist sowohl volkswirtschaftlich als auch unter Umwelt- und Klimagesichtspunkten nicht vertretbar.

CORNELIA BEHM,
MdB von Bündnis 90/Die Grünen

Weihnachtsmarkt

Eberswalde (prest-ew/bbp). Zweieinhalb Monate vor dem Weihnachtsfest laufen die Vorbereitungen für den Eberswalder Weihnachtsmarkt bereits auf Hochtouren. Der Markt wird vom 30. November bis 2. Dezember 2007 im neuen Stadtzentrum stattfinden. Um möglichst ein umfangreiches und buntes Treiben zu organisieren, bittet die Stadtverwaltung alle interessierten Händler, Vereine, Schausteller und auch Bürger, sich für die Teilnahme am Markt-treiben sowie Programmgestaltung schnellstmöglich zu melden (Tel.: 03334/64410). Schon länger laufen die Vorbereitungen für einen Adventsmarkt im Familiengarten. Dorthin war der Weihnachtsmarkt ausgewichen, während auf dem Marktplatz gebaut wurde. Die Stadt bezuschußt die beiden Märkte mit zusammen 14.000 Euro.

Je mehr sich der Staat aus der Verantwortung für soziale Sicherheit und kinderfreundliches Umfeld stiehlt, umso mehr üben die Bürger selbst Vorsorge.

Das Vorsorgen beginnt heute und hier bei der Berufs- und Partnerwahl und geht über Vornamen der Kinder, den richtigen Kindergarten und die richtige Schule bis hin zur elterlichen Mitsprache bei der Partnerwahl ihrer Kinder in bester – einst eher türkischer – Tradition. Dem eigenen Kind soll es ja schließlich ganz sicher gut genug gehen, falls irgendwann die staatlich garantierte Rente in der Kaufkraft völlig zum Bettelzuschuß verkommt, nicht wahr? Was macht uns in solchen Fragen denn so sicher, mehr Sicherheit zu erwirken?

Checkliste Sicherheitsgefühl

Sicherheitsgefühl schafft heute:

- ein möglichst hoher Bildungsstand (also weniger fernsehen, mehr lesen und lernen)
- ein Marken-Abschluß, also bei einer der vielleicht 10 bekanntesten (nicht besten) Unis
- ein hohes Maß sozialer Kompetenz für das Milieu, das man anstrebt (und hier spielt die richtige KITA und die richtige Schule schon eine gewaltige Rolle)
- ein warmer, unkündbarer Platz hinterm Schalter (während ein Platz in der Schlange davor Gruseln hervorrufen)
- in zweiter Wahl ein sozialplanabgefederter Arbeitsplatz in einem möglichst gigantischen Großkonzern (Motto: Lieber Kraftfahrer bei der Post als Schichtleiter bei der örtlichen Spedition Mustermann und Söhne)
- mit etwas Glück ein unkündbarer, gut verdienender, regelmäßig gehaltsempfangender – also vorzeigbarer – Ehepartner.
- eine den erstrebten Status unterstreichende Kleidung, Wohnung, Motorisierung und Körperpflege.

Sicherheit entspricht Nestbauqualität und ist wichtige Komponente bei der Attraktivität als Ehepartner.

Je verbreiteter diese egoistische Sicherheitsmaximierung wird, um so gründlicher prüfen die Weibchen. Dazu brauchen diese dann auch etwas länger. In Kombination mit dem eigenen Karriereplan – wer verläßt sich denn in so unsicheren Zeiten noch gern auf ein nicht einmal in Sichtweite gekommenes Partnereinkommen – brauchen manche Frauen zur Suche des Richtigen zu lange, so daß die biologische Uhr in Sachen Kinder kriegen einfach abgelaufen war, bevor Kinderwunsch ernsthaft aufkam. Kommt uns das bekannt vor? Wegen der hohen Meßlatte der Frauen bleiben allerdings auch manche abgewählten Herren bis ins hohe Alter auf käufliche Streicheleinheiten und Mutters Waschmaschine angewiesen, da sich ansteigendes Lebensalter nicht unbedingt ebenso steigernd auf die Ehechancen und Manneskraft auswirkt.

Gelegentliche kostenlose Kurzzeit-Beziehungen sind ja kein glaubhafter Fortschritt in Sachen Absicherung – also noch mehr Unsicher-

So regeln das die Bürger

von Peter Spangenberg

heit erzeugend. Unsichere Männer wirken wie auf Frauen? Selten einladend. Sie bekommen obendrein noch andere Probleme. Ganze Industrien haben diese Zielgruppe daher an ihrem empfindlichsten Glied gepackt und werden das vorgeschädigte Selbstvertrauen einsamer Männer bald völlig weggeheilt haben.

Dann endlich hat die Wirtschaft ihre selbstvergessenen Arbeitszombies. Aber wer soll die von billigen Zombies erzeugten billigen Waren kaufen? Die Chinesen? Zombies brauchen ja nur die tägliche Dröhnung und eine Pappschachtel für die Nacht. Durch den typisch ra-

sind auch Führungsqualität – ein echter Pluspunkt für späteres Einkommen und also auch glaubhaft höherer Heiratsmarktwert als bei Exemplaren mit undurchdachtem Benehmen.

Andere Punkte täuschen leider nur Sicherheit vor. Konzern-Direktoren können ihre Abfindung vielleicht durchaus als langfristige Absicherung ansehen, wenn diese als Startkapital oder Geldanlage eingesetzt wird. Den unteren Dienststrängen hilft eine üblicherweise recht bescheidene und auch noch vom ALG abgezogene Abfindung selten weiter als über einige Monate ohne Arbeitsplatz. Erst recht ist die Sicherheit eines Konzern-Sozialplanes für untere Einkommen in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit wertlos, wenn der vor Ort befindliche Konzern auf einen Schlag das Werk oder ganze Bereiche davon auflöst. Dann wimmelt es meist regional von ähnlich qualifizierten Arbeitssuchenden. Diese haben dann alle ähnlich schlechte Chancen auf die Traumfrau oder den Traummann mit guten Sicherheitsgefühlgarantien.

Ob ein Konsum irre teurer Düfte und Designer-Pelzware für eine Sachbearbeiterin oder Studentin nun zur Fahrkarte in die gar nicht so sexuell attraktive Privatsolvvenz wird oder noch kurz vor Zuschnappen dieser Falle den rettenden und reichen Traummann zu angelockert, ist ein recht riskantes Lottospiel. Risiko ist nun aber gerade das Gegenteil der gewünschten Sicherheit. Daß dennoch immer wieder ganze Scharen von Status-Schummelern auf Werbung, Warenprobe-Parties und die Hirnwäsche der Schneballsystem-Trainer hereinfallen, muß wohl an einem weit verbreiteten Defektgen liegen.

Oder halten Sie Dummheit für heilbar? Ohne kollektive Demenz würden wir Völker nicht immer wieder kapitalistischen Systemen auf den Leim gehen!

Buchtipps

Was am Partnerwahlkonzept dieser Art der Haken ist, erklärt Michael Preuschoff im Internet und ab Herbst 2007 in seinem Buch DAS ANTI-REINFALLKONZEPT (Neuerscheinungen im PS-VERLAG demnächst auf Beobachtungsliste setzen oder das Buch vorbestellen!). Weitere Buchtipps zu Bürgers Strategiefragen wären:

1. Eva Herman: Das EVA Prinzip
2. Günter Hannich: Deflation - die verheimlichte Gefahr
3. Peter Spangenberg: Und vergib uns unsere Schuld (noch in Arbeit)
4. Wolfgang W. Ladewig: Die Straße ist frei - zum Bankrott!
5. Wolfgang W. Ladewig: Mein Leben nach dem Bankrott
6. Dr. oec. Michael Rosenhahn: Die seltsame Logik der Betriebswirtschaftslehre



Harald Kretzschmar: Der Guru

schen Verfall sind sie übrigens kein demografisches Problem mehr für einen heruntergekommenen Staatshaushalt. Eher sind sie dankbares Kanonenfutter wie 1917 in Rußland, 1939 in Deutschland, Italien, Frankreich und England – und seit 11.9.2001 unverkennbar auch in den USA. Geschichte kann sich übrigens auch an alten Schauplätzen mit frischem Material wiederholen!

Bewertung tatsächlicher Sicherheitsgewinne

Manche der Punkte sind tatsächlich familienfreundliche Bollwerke gegen die Brandung eines rauher werdenden Wirtschaftsklimas. Ich zähle zu den besten Sicherheitsgarantien vor allem die Bildung (kann man einem nicht wegnehmen, nur mieten oder listig daran naschen) und die Aneignung hervorragender Umgangsformen (die in Konfliktsituationen darüber entscheiden, ob ein Streit mit Argumenten auf dem Sofa oder mit dem Nudelholz in der Küche ausgetragen wird). Umgangsformen

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Unsere Verantwortung

Anderthalb Stunden hatte ich gebraucht, um von meinem Dorf nach Berlin zu kommen, zum Fernsehturm, an dem sich zehntausend Menschen versammeln, um zu fordern: »Bundeswehr – raus aus Afghanistan.« Ich schätze, daß mindestens dreitausend Bürger noch viel weiter gereist waren, um der Regierung die rote Karte zu zeigen: »Raus aus Afghanistan.« Ich traf Freunde aus Jena, Leipzig, Köln, Frankfurt am Main, Heidelberg, Stuttgart, Osnabrück und natürlich aus meiner Brandenburgischen Heimat, aus Eberswalde, Finsterwalde, Eisenhüttenstadt, Potsdam, Jüterbog, zumeist Mitstreiter von



der Sozialen Bewegung Land Brandenburg. In der Eisenbahn hatte ich zusammen mit Leuten aus Fürstenwalde und Storkow gesessen, vom linken Jugendverband solid. Da stimmte ich die Internationale an, einer der Jugendlichen konnte mithalten.

Natürlich erkannte ich unter den Zehntausend unterm Fernsehturm Kollegen aus Berlin, wo ich vierzig Jahre lang gearbeitet hatte. Von den vielen Professoren für Marxismus-Leninismus war auch einer dabei. Es war ein Glück, daß ich frühzeitig am Sammelpunkt unterm Fernsehturm angekommen war, so konnte ich die Ballung wachsen sehen und sicher sein, alle Bekannten getroffen zu haben. Da schüttelt man sich nicht nur die Hände, da werden Gedanken ausgetauscht, wie denn die Linken ihre Differenzen produktiv machen könnten. Dabei versäume ich, die Ansprachen lückenlos zu verfolgen, die mit Lautsprechern übertragen werden. Es genügt mir aber, um zu empfinden: Hier wird nicht nur leidenschaftlich gesprochen, sondern auch logisch und mit treffenden Worten.

Auf dem Marsch zum Brandenburger Tor sind am lebhaftesten junge Leute mit kräftiger Hautfarbe, aus dem Orient, den Quellen des Erdöls und den Bombenabwürfen der Tornados näher als Berlin. Vier Stunden bis zum Beginn der Abschluß-Kundgebung zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule vergehen wie im Fluge, man kommt auch mit Menschen ins Gespräch, deren Namen man nicht weiß.

Die Redner auf der Tribüne sprechen nicht nur von Afghanistan. Der Irak und der Iran kommen zur Sprache, deren hohe Kultur der Regierung des G. W. Bush so fern ist wie Washington von Teheran. Nur, sie haben Erdöl und eignen sich, der ganzen Welt vorzumachen, wie wichtig amerikanische Waffen sind. Im Mittleren Osten lagern ca. 75 Prozent der Weltölvorräte und 33 Prozent der Erdgasvorräte. Von

der Tribüne spricht eine Amerikanerin, deren Bruder als Soldat im Irak ums Leben kam. Es spricht auch ein Amerikaner, der einst Bomben auf Vietnam geworfen hatte, bis ihm der Flugplatz von den Einheimischen weggenommen wurde. Dadurch ist der einstige Pilot zu Verstand gekommen. Jetzt steht er auf der Tribüne und spricht zu uns, die wir damals schon gerufen hatten: Amis raus aus Vietnam. Mehrere Redner aus Ländern des mittleren Ostens berichten, daß die Bevölkerung genug hat vom amerikanischen Militär, besonders den Tornados. Den 85 Milliarden Dollar Militärausgaben stehen 7,5 Milliarden sog. Aufbauhilfen gegenüber. Da steht es elf-komma-drei zu eins.

In einem war ich selbst noch unsicher: Wenn die Bundesrepublik Deutschland hilft, afghanische Polizisten auszubilden, so sei das gerade noch zu akzeptieren. Lieber einheimische Polizisten als Soldaten und Wachschutzmänner aus dem fernen Amerika, wo die Waffen-, Öl- und Drogen-Bosse ihre Wurzeln haben. Ich will mich doch meiner Verantwortung nicht entziehen. Neue Schätzungen aber besagen: Ein Drittel der von Deutschen ausgebildeten Polizisten läuft über zu den Taliban, zu den Taliban, deren Freunde sie anfangs gar nicht gewesen sind.

Da denke ich: Der Mittlere Osten könnte für G. W. Bush zu einem zweiten Vietnam werden. Da wird es auch nichts helfen, daß Bushs Leute jetzt mehr mit kleinen Bomben arbeiten wollen, wenn sie kleinflächige Ziele angreifen, die von Tornados, auch von deutschen Tornados, ausgesucht worden sind. Zivilisten werden so oder so getötet.

So bleibt nur eins, wenn man von Verantwortung reden will wie unsre Regierung in Berlin: Bundeswehr raus aus Afghanistan! US-Army oder Bundeswehr – die Besatzer müssen raus. Sofort. Sofort!

Dr. RAINER THIEL

Positives Fazit

Delmenhorst/Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Delmenhorster Partnerschaft mit der brandenburgischen Stadt Eberswalde »lebt«. Dieses Fazit ziehen Bürgermeister Friedhelm Boginski und der Delmenhorster Oberbürgermeister Patrick de La Lanne nach dem Besuch Boginskis in Delmenhorst. Das Treffen in Delmenhorst war auf Initiative des Eberswalder Bürgermeisters zustande gekommen, der damit zugleich seinen Antrittsbesuch in der Partnerstadt absolvierte. Beide Bürgermeister sind noch kein Jahr im Amt.

Übereinstimmend bekundeten beide: »Wir haben vereinbart, an den bestehenden Städtepartnerschaften festzuhalten. Darüber hinaus überlegen wir, inwieweit neue Impulse mit bescheidenen finanziellen Mitteln möglich sind.« Geprüft werden soll unter anderem, ob ein Austausch von Auszubildenden zwischen Delmenhorst und Eberswalde auf Interesse stößt. Dabei könnten die jungen Menschen für zwei bis drei Wochen die Verwaltungsabläufe in der jeweiligen Partnerstadt kennenlernen. Die Zusammenarbeit zwischen den Partnerstädten liegt schwerpunktmäßig in den Händen des bürgerschaftlichen Engagements. Deshalb geht der Dank besonders an die Mitglieder des dafür gegründeten Partnerschaftskreises. Die Mitglieder tragen ehrenamtlich und mit Leidenschaft zur Völkerverständigung und Freundschaft im Sinne der Städte bei.

Auf besonderes Interesse stießen bei Oberbürgermeister de La Lanne die Ausführungen des Eberswalder Bürgermeisters zu einem der energiesparendsten Dienstleistungshäuser in seiner Stadt. »Das Thema regenerative Energien interessiert mich persönlich«, sagt de La Lanne. »Die Förderung regenerativer Energien verbessert die Umwelt und schafft Arbeitsplätze. Daher führen wir derzeit auch eine Bestandsaufnahme mit dem Ziel einer energetischen Sanierung durch.«

Der rege Gedankenaustausch soll fortgeführt werden. Ein Gegenbesuch de La Lannes in Eberswalde ist für das Jahr 2008 geplant.

Gemeinsame Ferien

Schorfheide (prest-ew). Erlebnisreiche Ferientage haben 24 Kinder aus Eberswalde und Delmenhorst im Schullandheim »Am Werbellinsee« verbracht. Die gemeinsame Veranstaltung der beiden Partnerstädte ist fester Bestandteil der Partnerschaftsarbeit. Auch in diesem Jahr stand das Naturerleben im Vordergrund. So gab es eine Erlebnistour zum Reiterhof, wo der Umgang mit Pferden im Vordergrund stand.

Beim Besuch des Wildparks Schorfheide und einer Exkursion mit Mitarbeitern der Naturwacht lernten die Kinder viel über die Tiere des Waldes. Ein Höhepunkt in diesem Jahr war eine Drachenbootfahrt zum Schiffshebewerk. Auch in diesem Jahr waren alle begeistert und verabredeten sich für die nächste Freizeit in der Partnerstadt Delmenhorst.

Hej hej! Ganze acht Wochen bin ich jetzt schon in meiner Wahlheimat Schweden als Au pair tätig.

Mein September in Stockholm war sehr aufregend. Ich feierte meinen ersten schwedischen Kindergeburtstag, wir feierten die ersten Au pair Geburtstage, wir besuchten Clubs in Stockholm und lernten die Schattenseiten des Au pair Lebens kennen.

Anna, das jüngste von meinen beiden Kindern, wurde im September 4. Ich durfte bei ihrem zweistündigen Kindergeburtstag dabei sein. Das erste, was mir auffiel, war, daß sich alle Kinder verkleidet hatten, wie zum Fasching. Nachdem fast alle Kinder gekommen waren, begann die Feier mit Flaschendrehen. Anna drehte die Flasche und auf wen die Flasche zeigte, dessen Geschenk wurde dann ausgepackt. Danach gab es für die wilde Meute, es waren immerhin zehn Kinder, Essen. Wie es sich für Schweden gehört, gab es Köttbullar, aber dazu noch Würstchen, Brötchen und ein wenig später auch Kuchen und Kekse. Nach dem Essen fingen die Kinderspiele an. Blinde Kuh und Eierlaufen waren mir ja noch bekannt, aber »der schlafende Bär« war mir neu. Lustig fand ich dabei, daß mir die Melodie dieses Liedes bekannt war, ich hatte es nämlich mal in der Grundschule gelernt. Bevor die Kinder nach Süßigkeiten angelten und abgeholt wurden, sangen wir gemeinsam und ich spielte ihnen noch etwas auf meiner Gitarre vor. »Pipi Langstrumpf« auf schwedisch und auf deutsch, »die kleine, schwarze Spinne« auf schwedisch und auf französisch und auf Wunsch des Vaters auch noch »Mamma Mia«. Es war also für alle sehr lustig. Zum Kaffee kamen dann alle Großeltern, Tanten und Onkel. Die Großeltern begrüßten mich mit einer Umarmung, was mich natürlich sehr freute. Auf Wunsch der gesamten Familie holte ich dann noch einmal meine Gitarre und wir sangen gemeinsam »Vem kan seglar för utan vind!«, ein schwedisches Volkslied, und dann noch »Knowing Me, Knowing You« von ABBA. Ich habe mich sehr gefreut, bei so einem Geburtstag dabei zu sein und ihn gemeinsam mit der Familie zu feiern.

Es blieb nicht die einzigste Geburtstagsfeier in diesem Monat. Zwei Au pairs aus Stockholm wurden ein Jahr älter. Wir feierten einmal in einem Stockholmer Club und das anderemal auf einer Studentenparty. Das besondere in den Clubs in Stockholm ist, daß in den Räumen nicht geraucht werden darf und man erst ab 18 Jahren reingelassen wird. Sehr interessant ist auch der eigenartige Kleidungs- und Tanzstil einiger Schweden. Hier in Stockholm sind momentan die 50er Jahre sehr angesagt und dementsprechend sehen einige Jugendliche dann auch aus.

Ich habe versucht mir hier ein Hobby zu suchen um etwas mehr mit Schweden in Kontakt zu kommen. Ich hatte dann auch einen ganz tollen Chor gefunden und war bei einer Chorprobe dabei. Es wäre alles perfekt gewesen, wenn da nicht dieser immens hohe Preis

Ein Jahr in Schweden: Zweiter Monat – September

Das Leben als Au pair

Marie Lange machte 2007 am Finower Gymnasium ihr Abitur. Vor dem Studium, so ihr lang gehegter Wunsch, will sie unser nördliches Nachbarland näher kennen lernen. Um dies zu realisieren, verpflichtete sie sich für ein Jahr als Au pair, eine moderne Form von Kindermädchen und Haushaltshilfe. In der »Barnimer Bürgerpost« berichtet sie monatlich über ihre schwedischen Erfahrungen.

von fast 200 Euro für gerade mal 20 Wochen wäre. Wenn einem dafür wenigstens etwas geboten wird, hätte ich ja gar nichts dagegen, aber dieser Pop- und Rockchor hat nur einmal die Woche Chorstunde, die nur 90 Minuten dauert und man bekommt weder Noten noch Texte.

In meinem Chor in Eberswalde, dem Jugendchor Westend, habe ich zwölf Jahre lang gesungen, habe Noten und Texte bekommen, die Chorstunde war 120 Minuten lang und ich habe zusätzlichen Gitarre- und Stimmbildungsunterricht bekommen. All die Jahre habe ich nichts dafür bezahlen müssen, da meine Chorleiter diese Arbeit ehrenamtlich machen.

Weihnachten, ist zwar noch lange hin, dennoch es ist schon jetzt ein wichtiges Thema unter uns Au pairs, denn die meisten fliegen über Weihnachten nach Hause. Ich hätte damit nicht gerechnet. Ich halte auch weiterhin daran fest, daß ich gerne in Schweden Weihnach-

Jenes Au pair, das in eine andere Familie wechselt, wohnte in ihrem eigenen Apartment. Ihr wurde gesagt, daß Sie nach der Arbeit in der Familie wieder zurück in ihr Häuschen gehen solle. Andere Au pairs arbeiten mehr als die üblichen 30 Stunden die Woche und bekommen das noch nichtmal bezahlt, wobei manchen vielleicht sogar schon ein Dankeschön reichen würde.

Alles das ist bei mir Gott sei Dank nicht der Fall. Ich bin sehr zufrieden mit meiner Familie und verstehe inzwischen, daß die Familie auch mal Zeit alleine braucht.

Mit der Sprache klappt es schon immer besser. Ab und zu mache ich aber mal grobe Fehler. Als ich letzte Woche mit den Kindern spielte hatte ich so einen »Sprachfehler«. Die Schweden haben viele Wörter aus dem Deutschen übernommen, deshalb fällt es uns auch so leicht, Schwedisch zu lernen. Man kann einfach viele Wörter ableiten. Ich sage



Blick auf die Altstadt (gamla stan) von Stockholm mit dem Turm der Nikolaikirche (Storkyrkan) im Vordergrund und dem Turm der deutschen Kirche (Tyska Kyrkan) im linken Teil des Bildes. Stockholm entstand im 13. Jahrhundert, als die ersten Häuser im Schutz der dortigen Burg entstanden. Die Nikolaikirche wurde 1279 erstmals urkundlich erwähnt. Hinter den heute sichtbaren Fassaden findet sich häufig noch mittelalterliches Mauerwerk.

ten feiern möchte. Das Problem löste sich, als meine Eltern meinten, sie würden über Weihnachten kommen. Ich hätte natürlich auch mit meiner Gastfamilie feiern können, aber so ist es schöner.

Wie überall lernen auch wir die Schattenseiten des Au pair Lebens kennen. Ich kenne ein Mädchen, daß ihre Gastfamilie wechselt, ein anderes sucht und die meisten von uns mußten feststellen, daß die Familie auch mal Zeit für sich braucht. Da die Eltern sehr beschäftigt sind, freuen Sie sich, wenn Sie Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Ein Au pair ist in diesen Momenten überflüssig.

also zu den Kindern, als sie gerade auf mir rumturnten: »Inte bajsas!«. Was so viel heißen sollte, wie »nicht beißen«. Ich wunderte mich dann schon, als die Kinder laut los lachten. Am Abend schlug ich »beißen« nach, was im Schwedischen nicht »bajsas«, sondern »bita« heißt. »Bajsas« heißt »groß machen«. Tja, solche Sachen werden mir wohl noch öfter passieren.

Das war es für den September von mir. Ich melde mich im Oktober wieder mit brandheißen Neuigkeiten vom Livekonzert des Benny Andersson Orchester, für das habe ich nämlich eine Karte.

Hejda Marie

Mistkäfern beim Geschichtenerzählen zuhören...

...manchmal hatten wir schon das Glück. Unsere Erzieherin hat uns gezeigt, wie wir den Käfer ganz vorsichtig in der Hand halten müssen, damit er auch Lust hat, eine Geschichte zu erzählen.

Wir, das sind eine Gruppe von Kindern der städtischen Kindertagesstätte »Sputnik« in der Georg-Herwegh-Straße 15. Die meisten unserer Eltern studieren oder arbeiten an der Fachhochschule hier in Eberswalde. Seit März verbringen wir jeden Vormittag mit unserer Erzieherin und einer Praktikantin im Wald.

Dort erleben wir viele schöne und interessante Dinge. Im Frühjahr konnten wir die Spechte beobachten, wie die Eltern ihre Jungen großziehen. Die Kleinen hatten immer großen Hunger. So wie wir, wenn wir draußen rennen, klettern und uns bewegen. Deshalb haben wir in unseren Rucksäcken auch immer noch ein zweites Frühstück dabei. Es gibt nichts Schöneres als auf einer Baumwurzel mit Freunden ein Picknick einzunehmen. Im Bolterwagen oder im Rucksack von unseren Betreuerinnen ist immer etwas Interessantes drin, mal sind es Stifte und Papier, um Rindenbilder zu malen, mal ist es ein Bilderbuch, und Lieder singen wir schon im Morgenkreis, um miteinander den Tag zu begrüßen. Und wenn wir dann unsere Becherlupen aus dem Rucksack holen, dann geht es auf Erkundungstour. Mal werden die Schnecken genauer betrachtet, ein anderes Mal eine besonders schön aussehende Pflanze.

Die Seile im Gepäck dürfen nicht vergessen werden. Unsere Erzieherinnen werden manchmal gefragt, ob sie mit uns Kindern klettern gehen wollen. Aber die haben ganz andere Sachen damit vor. Wenn's regnet bauen sie daraus ein Regendach, dann haben wir ein kleines Zelt, darunter ist es immer ganz gemütlich. Oder sie bauen eine Schaukel für uns auf. Die kleinen Seile brauchen wir für unseren Weg, da verwandeln wir uns in Pferde und Kutschen

und manchmal sind wir auch Cowboys die ihre Lassos schwingen.

Mit dem Förster waren wir auch schon unterwegs, er hat uns viele interessante Sachen gezeigt und erzählt. Was wir zum Beispiel noch nicht wußten, daß Hunde im Stadtwald an der Leine geführt werden müssen. Uns begegnen oft Hundebesitzer mit ihren Hunden. Dann unterhalten wir uns manchmal auch mit ihnen. Manche kennen uns schon richtig gut. Aber an einigen Tagen kommen uns auch Hunde entgegen, die ohne Leine herumlaufen und deren Besitzer sich nicht darum kümmern, daß wir da ganz schön Angst bekommen. Deshalb wollen wir hier nochmal alle Hundebesitzer bitten, ihre Hunde im Stadtwald an der Leine zu führen.

Wenn wir dann gegen Mittag zurück in die Kita gehen, sind wir oft ganz schön müde. Sind wir doch tüchtig gewandert und lange an der frischen Luft gewesen. Aber in der Kita warten schon ein kräftiges Mittagessen und die Ausruhezeit auf uns.

Und wenn dann unsere Eltern vom Studieren und Arbeiten kommen, um uns abzuholen, können wir ihnen von den vielen Erlebnissen erzählen.

Vielleicht begegnen wir uns mal!

*die Waldwanderkinder
der Kindertagesstätte »Sputnik«*



Die Waldwanderkinder der Kita »Sputnik« auf Tour. Die Idee zu einem Waldkindergarten gab es schon vor mehreren Jahren. Nach dem Scheitern mehrerer Anläufe nahm sich die städtische Kita »Sputnik« des Projekts an.

Thomas Rühmann bei Offene Worte

Beim Kochen für eine Zeitung hatten sie sich das erste Mal persönlich getroffen – vor kurzem war der Schauspieler Thomas Rühmann nun Gast der sonntäglichen Talkreihe »Offene Worte« bei der Bundestagsabgeordneten Dagmar Enkelmann im Treff 23 in Bernau.

Kurzweilig und nicht ohne Selbstironie erzählte Rühmann aus seinem turbulenten Leben mit sechs Geschwistern. Wie er eher durch Zufall nach seinem Journalistikstudium doch noch an die Schauspielschule kam, sich dort mit Ballettunterricht abmühte und sich als Romeo erste Theatersporen verdiente. In der Rolle des Dr. Roland Heilmann in der TV-Serie »In aller Freundschaft« hat Rühmann inzwischen eine Millionen-Fangemeinde. Daß er eigentlich kein Blut sehen könne und ihm selbst Theaterblut große Überwindung kostete, verriet

er mit einem leichten Augenzwinkern. Eine besondere Würze erhielt die Talkrunde durch eingestreute Lieder, begleitet mit der Gitarre. So gab Rühmann u.a. Titel des unvergessenen Gerhard Gundermann zum Besten.

Daß seine Liebe nach wie vor dem Theater gehört, dafür spricht sein Engagement für das »Theater am Rand« in Zollbrücke im Oderbruch. »Wir machen hier, was uns im Innern berührt«, begründete Rühmann sein ungewöhnliches Projekt. Wer das kleine, urige Theater im Oderbruch kennt, weiß, was der Schauspieler damit meint. Gemeinsam mit Enkelmann warb er für einen Besuch des »Rand«theaters – nur rechtzeitig anmelden müsse man sich, beispielsweise im Internet unter: www.theater-am-rand.de

BÄRBEL MIERAU

DIE LINKE. im Barnim

Bernau (bbp). Nach der Gründung der Partei DIE LINKE. auf Bundesebene im Juni sowie im Land Brandenburg am 8./9. September soll der Zusammenschluß von WASG und Linkspartei bald auch im Barnim formal abgeschlossen werden. Nach dem Parteienrecht muß jeder einzelne Landes- und Kreisverband und jede einzelne Fraktion die Umbenennung der Partei von Linkspartei.PDS in DIE LINKE vornehmen. Um dies für den Kreisverband Barnim zu realisieren soll am 27. Oktober in Bernau eine Gesamtmitgliederversammlung stattfinden. Die Neugründung des Kreisverbandes wird mit einem Namenswechsel zu »DIE LINKE.Kreisverband Barnim« und mit der Wahl eines neuen Kreisvorstandes verbunden sein.

Es ist davon auszugehen, daß auch weiterhin der Sitz des Kreisverbandes die Kreisstadt Eberswalde sein wird. Die beiden Geschäftsstellen in Eberswalde und Bernau sollen Anlaufpunkt für alle Basisgruppen und Mitglieder des Kreisverbandes bleiben. Satzung und Finanzordnung, sofern sie bereits beschlossen werden können, werden sich maßgeblich an die entsprechenden Bundes- und Landesdokumente orientieren. Der Kreisverband erhofft sich im Ergebnis eine verstärkte Mobilisierung der Mitgliedschaft und engere Verankerung in der Wählerschaft – auch mit Blick auf die nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2008.

Seniorenbeirat

Eberswalde (prest-ew). Das Büro des Stadtseeniorenbeirates befindet sich seit Anfang September im Bürgerzentrum, Schorfheidestr. 13. Sprechstunden finden jeden dritten Dienstag im Monat in der Zeit von 10 bis 12 Uhr statt.

Füller für Ehrenamtler

Eberswalde (völkel). Zum zweiten Mal hat die Staatskanzlei »Ehrenamtlerinnen des Monats« ausgezeichnet. Der Chef der Koordinierungsstelle Ehrenamtliches Engagement der Staatskanzlei, Manfred Bauer, ehrte kürzlich in der Eberswalder Diskothek »A-Werk« zwei junge Frauen dafür, daß sie seit Jahren als »Schutzengel« Diskobesucher für einen sicheren Heimweg sensibilisieren.

Vivian Schwirtz aus Kleinmachnow und Annett Hahnebach aus Stahnsdorf sprechen junge Diskobesucher an und machen auf wichtige Unfallgefahren wie Raserei und Drogen- oder Alkoholkonsum aufmerksam. Grundsatz: »Wer fährt, muß nüchtern sein.« Die Schutzengel-Aktion des brandenburgischen Verkehrsministeriums steht unter Motto »Lieber sicher. Lieber leben.« und kann nur durch den Einsatz solcher Freiwilliger wie Vivian Schwirtz und Annett Hahnebach so erfolgreich sein. Die beiden Frauen erhielten als Anerkennung für ihre wertvolle ehrenamtliche Tätigkeit die Dankurkunde des Ministerpräsidenten und einen Füller mit dem Aufdruck »Engagiert für Brandenburg«.

Wir wollen menschenwürdig leben!

Eberswalder Montagsdemo ruft auf zur Teilnahme an der 4. bundesweiten Demonstration am 13. Oktober gegen die Regierung in Berlin!

Wer gemeinsam mit uns zur Demo nach Berlin fahren will, findet sich um 10.40 Uhr auf dem Bahnhof in Eberswalde ein. Wir organisieren das Fahren mit Gruppenkarte. Zugabfahrt 9.58 Uhr. Demobeginn 11 Uhr, am Neptunbrunnen vor dem Roten Rathaus. Schlußkundgebung 13.30 Uhr Brandenburger Tor. Zurück in Eberswalde um 16.06 Uhr.

Schluß mit dem Raubbau an sozialen und demokratischen Rechten!

Jubelmeldungen vom »Wirtschaftsaufschwung« sollen die Menschen beruhigen. Aber in Wirklichkeit ist die Bilanz von zwei Jahren Merkel/Müntefering-Regierung ein Desaster: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind weiter gewachsen. Kinder- und Altersarmut hat mit Hartz IV Rekordhöhen erreicht. Bildung ist zum Luxusgut geworden.

Wer sich wehrt, wird als »Terrorist« beschimpft, bespitzelt und unterdrückt. Demokratische Rechte werden massiv abgebaut, Faschisten Spielraum für Hetze und Terror gegeben.

Wir wollen Arbeit, von der man leben kann. Wir lassen uns nicht in Arbeiter und Arbeitslose spalten. Wir wollen eine lebenswerte Zukunft!

Wir rufen deshalb alle demokratischen und antifaschistischen Kräfte, Arbeitende, Arbeitslose, Frauen, Jugendliche, auf: Beteiligt euch an der Demonstration gegen die Regierung in Berlin!

Weg mit Hartz IV und der »Rente mit 67«!

Für eine wirksame Arbeitszeitverkürzung auf Kosten der Profite!

Für Mindestlöhne im Kampf gegen Lohndumping und Spaltung der Arbeiter!

Für den Erhalt und den Ausbau demokratischer Rechte und Freiheiten, für ein politisches Streikrecht!

Eberswalder Montagsdemo

NLO-Treffen

Eberswalde (nlo). Das »Netzwerk Linke Opposition« (NLO) Brandenburg lädt für den 15. Oktober, um 19 Uhr, zu ihrem nächsten Treffen in die Eberswalder Gasstätte »Mundtshof« (Schicklerstr. 1) ein. Themen sind die Teilnahme am Sozialforum in Cottbus, der Entwurf eines Flugblattes des NLO zum Sozialforum und der Arbeitsplan des NLO für die nächsten Monate.

1. KJP-Pokerturnier

Eberswalde (kjp). Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) Eberswalde lädt alle Interessierten zum ersten KJP-Pokerturnier ein. Es wird am Freitag, 26. Oktober um 19 Uhr im Bürgerzentrum Brandenburgisches Viertel (Schorfheidestr. 13) stattfinden. Es wird eine Startgebühr von 3 Euro erhoben, welche an eine soziale Einrichtung in der Stadt gespendet werden wird. Für die Plätze 1-3 gibt es natürlich auch Preise. Anmeldungen und weitere Infos sind bei Martin Hoeck unter: 0162 - 71 66 198 oder über kjp-eberswalde@telta.de möglich.

Forum Stadtentwicklung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Zum Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (INSEK) findet am 17. Oktober, 18.30 Uhr, in der Aula der Fachhochschule in der Friedrich-Ebert-Straße das abschließende Stadtforum statt. Zur Diskussion stehen die »Schlüsselmaßnahmen« des INSEK. Das Gesamtkonzept INSEK sowie alle Schlüsselmaßnahmen sind im Internet einsehbar (http://www.eberswalde.de/Integriertes_Stadtentwicklung.522.0.html).

Oktoberrevolution im Streit der Meinungen

Die nächste Diskussionsveranstaltung in der Reihe DRAUFSICHTEN, ANSICHTEN, ANSICHTEN des Stadtverbandes Bernau der Partei DIE LINKE findet am 25. Oktober, um 19 Uhr im Club Treff 23, Kulturhof Bernau, Breitscheidstraße 43a statt. Das Thema lautet: »Die Oktoberrevolution im Streit der Meinungen«. Gast wird Prof. Dr. Heinz Karl sein, ehemals Institut für Marxismus-Leninismus Berlin. Die Moderation übernimmt Prof. Dr. Werner Grahn. Wie üblich sind alle Bürgerinnen und Bürger Bernaus und der Umgegend herzlich eingeladen.

Dr. HEINZ SCHÄFER

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
 Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
 ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)

Anspruch auf ein ermäßigtes Abo haben Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)

- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – Mehrbetrag gilt als Spende)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

- Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Lehnitzseestr. 3, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telefax: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: BBG, Lange, Mächtigt
Kita »Sputnik«, Triller, www.strike-bike.de, Zeihe

druckerei: PS-Verlag · (0 33 34) 59 351

redaktionschluss: 6. Oktober 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck erlaubt. Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erwünscht. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluss der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 3.11.2007, 12 Uhr.